

ARMUT: ZUR LAGE DER BEHINDERTEN KLASSE

Fragen

Wer sind die Verlierer der Staatstätigkeit? Wie erreicht es der Staat, daß die Verlierer dennoch von ihrem Peiniger abhängig sind und nicht an Rebellion denken? Wer sind die Nutznießer der Staatstätigkeit?

Thesen

Der Staat schafft eine Klasse von Menschen, die er in ihrer Möglichkeit *behindert*, für sich selbst zu sorgen. Indem er dieser behinderten Klasse Sozialfürsorge gewährt, macht er sie sich gefügig.

Inspiration

Peter T. Bauer, *Dissent on Development* (1979) · Stefan Blankertz, *Legitimität und Praxis* (1989) · Walter Block, *Defending the Undefendable* (1976) · Steven Farron, *Prejudice is Free, but Discrimination has Costs* (2000) · Michel Foucault, *Überwachen und Strafen* (1976) · Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit* (1962) · André Glucksman, *Politik des Schweigens* (1986) · Paul Goodman, *People or Personnel* (1968) · Wendy McElroy, *Freedom, Feminism, and the State* (1981) · Ludwig von Mises, *Human Action* (1963) · Murray Rothbard, *Man, Economy, and State* (1962) · ders., *America's Great Depression* (1963) · ders., *Power and Market* (1970) · ders., *The Mystery of Banking* (1983) · Kirkpatrick Sale, *Human Scale* (1980) · Gordon Tullock, *Welfare for the Well-to-do* (1983) · Walter Williams, *The State against the Blacks* (1982) · Anne Wortham, *The Other Side of Racism* (1981)

Motto

»Wenn das Volk schwach ist, ist der Staat stark. Wenn der Staat schwach ist, ist das Volk stark. ... Wenn der Staat das Volk behandelt, als sei es behindert, regiert die Ordnung eines starken Staates.«

Shang Yang, im vierten vorchristlichen Jahrhundert

Problematik des Begriffs der Armut

Als Arme werden Menschen bezeichnet, deren soziale Lage unterdurchschnittlich ist. Die Definition von Armen als Menschen mit »unterdurchschnittlichem Sozialstatus« ist sehr vage und kann daher mißbraucht werden. Der »Durchschnitt« muß sich auf eine bestimmte Region beziehen. Das durchschnittliche Einkommen in Deutschland ist höher als das in der Türkei. Eine Maßnahme, die versuchte, hier vollkommene Gleichheit zu schaffen, würde die Deutschen arm, die Türken aber nicht reich machen. Reichtum, der verteilt, aber nicht geschaffen wird, verfliegt.

Eine am Durchschnitts-Einkommen orientierte Definition der Armut kann auf die folgende Art und Weise mißbraucht werden: Bevölkerungsgruppen, die im nationalen Vergleich unter dem Durchschnitt liegen, werden zum Gegenstand von Maßnahmen des Ausgleiches gemacht, auch wenn sie dies ablehnen. Die Umsiedlung von »armen« Indianern (z. B. im sandinistischen Nicaragua) oder die Sanierung von angeblichen »Slums« in den industriellen Zentren stößt bisweilen auf erbitterten Widerstand. Die betroffenen Menschen sehen sich nicht als »arm« an. Die staatlichen Zwangsmaßnahmen des Ausgleiches empfinden sie dementsprechend als Bevormundung.

Auf der anderen Seite ist es klar, daß es die Gesundheit eines Menschen gefährdet, wenn die Verfügung über Nahrung und Schutz unter ein gewisses Minimum sinkt.

Aufgrund dieser Überlegungen schlage ich vor, zwischen absoluter und relativer Armut zu unterscheiden:

- **»Absolute Armut«** bedeutet, daß das Leben des betroffenen Menschen bedroht ist.
- **»Relative Armut«** bedeutet, daß der betroffene Mensch über weniger Güter verfügt als in seiner geographischen Region durchschnittlich üblich ist.

(Zur Problematik von Armutsbegriff und -statistik vgl. Walter Krämer, Armut in der Bundesrepublik, 2000.)

Erklärungsansätze für Armut

Die Theorien über die Ursachen von Armut lassen sich, systematisch gesehen, in drei Gruppen einteilen:

- **Armut als individuelles Schicksal:** Arme seien körperlich oder geistig schwache Menschen, die aufgrund unterdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit oder Leistungsbereitschaft geringere oder gar keine Einkommen erzielen. Wenn dies zutrifft, können sich diese Menschen nur aufgrund von freiwilligen Spenden (»Almosen«) oder staatlichen Zuwendungen erhalten. Zu untersuchen wäre dann, was für sie besser ist. – Obwohl diese Erklärung der Armut für Einzelfälle sicherlich zutreffend sein kann, ist sie für die Armut von Schichten oder Regionen nicht überzeugend. Wenn in der Volksrepublik China Hunger herrscht, während die Auslandschinesen in der ganzen Welt zu den Erfolgsmenschen zählen, zeigt dies, daß keine rassistischen, sondern wirtschaftliche Bedingungen zu Armut führen. Wenn es in Nordkorea nichts zu Essen gibt, während Südkorea prosperiert, folgt daraus, daß Armut keine geographischen oder historischen Ursachen hat.
- **Armut als soziales Schicksal, Variante A: Arme als Opfer des Kapitalismus.** Wenn diese Erklärung der Armut wahr wäre, müßte man konsequent die Abschaffung des Marktes fordern, nicht sozialen Ausgleich. – Diese Erklärung brauchen wir aber nicht genauer zu untersuchen, weil sie offensichtlich empirisch widerlegt ist. Die gigantischen Experimente mit der Abschaffung des Marktes in Faschismus und (Staats-)Sozialismus haben Elend in unvorstellbarem Ausmaß verursacht. Die Hungerkatastrophen in der UdSSR, in China, in Äthiopien und in Nordkorea sprechen eine deutliche Sprache.
- **Armut als soziales Schicksal, Variante B: Arme als vom Staat Behinderte.** Diese These ist die libertäre Alternative zum gescheiterten staatssozialistischen Ansatz. Eine solche Erklärung der Armut macht es absurd, sich an den Staat zu wenden, um sozialen Ausgleich erreichen zu wollen. Es gibt zwar viele Einzeluntersuchungen, die die

These von der politisch produzierten Armut nahelegen, gleichwohl noch keine zusammenhängende Theorie. Die Ideologie, daß der Staat soziale Unterschiede ausgleiche oder dies wenigstens tun solle, ist tief verwurzelt. Mit meiner Übersicht versuche ich, die Entwicklung der libertären Theorie voranzutreiben.

Bekämpfung der Armut durch Umverteilung

Für die Bekämpfung der Armut ist von Etatisten eine simple Theorie zurecht gelegt worden: Armut sei ein Problem der gleichmäßigen (»gerechten«) Verteilung von Gütern. Da sich der Staat generell wenig Gedanken darüber macht, wie der Reichtum, den er verteilt, zustande kommt, kann er auch gar keine andere Theorie verfolgen.

Die Bekämpfung der Armut sieht dann folgendermaßen aus: Es wird eine Gruppe von Armen entdeckt. In Deutschland waren dies beispielsweise pflegebedürftige Senioren. Um diesen Mißstand abzustellen, wurde ein Institution, die Pflegepflichtversicherung, geschaffen, die nunmehr die notwendige Verteilung vornimmt.

Nicht immer ist die Einführung von Verteilungsinstanzen so einfach. Eine weitere Gruppe von Armen in der Mitte unserer Gesellschaft sind alleinerziehende Mütter und ihre Kinder. Diese Familien erhalten durch das Sozialamt Umverteilungsgeld. Da die Ressourcen für das Umverteilungsgeld jedoch begrenzt sind, kann Umverteilung auf Dauer nicht die alleinige Lösung für die Armut sein. Als weiteres Instrument können verbesserte »Schutzgesetze« eingeführt werden, die sich zum Beispiel auf Kündigungsschutz bei Arbeitsplatz und Mietwohnung beziehen, oder die die Arbeitgeber dazu auffordern, Mütter mit Kindern, die sich bewerben, bei der Einstellung zu bevorzugen. Auch dies ist eine Umverteilung, denn der Arbeitgeber muß dann ja die Bewerbung von einem anderen ablehnen.

Oder: Es wird festgestellt, daß die schlecht ausgebildeten

Jugendlichen eher von Arbeitslosigkeit (und in folge dessen von Armut) bedroht seien als besser ausgebildete Jugendliche. Die Bekämpfung der Armut sieht dann vor, die schlechter ausgebildeten Jugendlichen zur Ausbildung zu zwingen. Schlecht ausgebildete Erwachsene erhalten Zusatzqualifikationen oder Umschulungen.

Ein anderes Beispiel: Man sorgt sich über die Armut, die aus der Arbeitslosigkeit folgt. Die geniale Idee zu deren Überwindung besteht darin, die Arbeit umzuverteilen. Um die Arbeitslosigkeit zu beenden, müssen diejenigen, die Arbeit haben, nur etwas weniger arbeiten, so daß der verbleibende Rest an die Arbeitslosen »verteilt« werden kann.

Dieses Modell der Armut als Verteilungsproblem wird dem Prinzip nach auch im Verhältnis auf die uns umgebenden armen Länder angewendet. Armut entsteht, der simplen Theorie entsprechend, weil die Regierungen der armen Länder nicht genügend Leistungen an ihre Bevölkerung verteilen. Man drängt sie also, dies zu tun. Im Gegenzug verlangen dann die Regierungen der armen Länder nach einer Umverteilung auf internationaler Ebene, genannt »Entwicklungshilfe«.

Die Umverteilung stößt allerdings ziemlich schnell an Grenzen. Was die Theorie der Umverteilung nämlich nicht mitbedenkt, ist, daß das, was umverteilt wird, irgend jemandem abgenommen – also enteignet – werden muß: Die Pflegeversicherung benötigt Beiträge. Die alleinerziehenden Mütter, die Kündigungsschutz haben, nehmen anderen Bewerbern den Arbeitsplatz oder die Wohnung weg. Die Maßnahmen der Qualifikation und Umschulung müssen finanziert werden. Diejenigen, die kürzer arbeiten sollen, verdienen entsprechend weniger. Für die Entwicklungshilfe müssen Steuergelder aufgebracht werden.

Weil durch die Umverteilung nichts geschaffen, also *produziert*, worden ist, bedeutet sie, daß an dem *status quo* dessen, was geschaffen worden ist, mehr Personen partizipieren. Bestimmte Personen haben also nach der Umverteilung weniger als vorher. Egal, ob jemand anderes meint, daß diese Personen sowieso schon »zu viel« hätten und gut etwas »abge-

ben« könnten: Diese Personen wehren sich dagegen, daß sie zwangsweise etwas abgeben müssen.

Aus der Umverteilung entsteht ein Verteilungskampf: Die einen fordern etwas, während jeder, von dem gefordert wird, versucht, die Forderung auf jemand anderen zu überwälzen. Es leuchtet unmittelbar ein, daß derjenige, der es schafft, die Forderung von sich abzuweisen und auf jemand anderen zu überwälzen, soziologisch gesehen zu den Starken und Einflußreichen in der Gesellschaft gehören muß. Dagegen ist derjenige, auf den die Forderung überwälzt worden ist, schwach und einflußlos.

Es folgt unmittelbar und unabweisbar aus der Logik der Umverteilung, daß die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, die noch produktiv sind, für den Ausgleich der Armut aufkommen müssen.

Damit wird erreicht, daß die »wichtigsten« Mitglieder der Gesellschaft weder das schlechte Gewissen zu haben brauchen, Armut in ihrer Mitte zu dulden, noch für die Bekämpfung der Armut aufkommen müssen. Dies ist für die Psychologie unserer Gesellschaft so wichtig, daß sie den Gedanken an die widersinnigen Folgen der Umverteilung vollständig verdrängt, obwohl diese Folgen seit langem empirisch bewiesen sind.

Betrachten wir nun diejenigen Personen, die Nutznießer der Umverteilung werden. Der Staat übernimmt ihr Risiko, und sie erhalten leistungsunabhängige Zahlungen. Die Zahlungen sind jedoch so bemessen, daß sie damit nur bedingt am Wohlstand der Gesellschaft teilnehmen können.

Die unterstützten Armen geraten in die vollständige Abhängigkeit von den Institutionen. Die Form ihrer Abhängigkeit entspricht genau der Form, in der die übrigen Mitglieder der Gesellschaft vom Staat abhängen. Die Institutionen des Staates sorgen für die Armen, die passiv bleiben und sich unterwerfen müssen. Die Armen haben zwar nur begrenzte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung, aber da ihre Existenz von

den Institutionen abhängt, verwerfen sie den Gedanken an Rebellion.

Da unsere staatlich verfaßte Gesellschaft Aktivität, Verantwortung und Produktivität nicht anerkennt, kann sie diese Voraussetzungen für eine unabhängige und selbständige Befreiung aus der Armut auch nicht vermitteln. An die Stelle dessen setzt die Gesellschaft die lückenlose Kontrolle der Armen und der Art, in der sie die Leistungen verwenden.

Die abhängigen Armen werden immer verwundbarer durch den Verteilungskampf. In dem Maße, in welchem sie tiefer in das passive »Konsumieren« von Umverteilungsleistungen verstrickt werden, verlieren sie das Konzept der Sorge um sich selbst. Wenn dann die staatlichen Leistungen reduziert werden, gibt es für sie keine Alternative mehr.

Wenn wir Armut als Verteilungsproblem sehen, ist darin eine Annahme versteckt, die in Frage gestellt werden sollte: Die Annahme besagt, daß Armsein als gleichsam »natürliches Schicksal« erlitten wird. Wen ein Schicksal arm gemacht hat, an welchem weder er noch andere Schuld sind und das niemand zu ändern vermag, der ist notgedrungen auf soziale Zuwendungen angewiesen.

Es könnte allerdings auch anders sein: Der Arme könnte objektiv durchaus in der Lage sein, für sich zu sorgen, aber er wird darin behindert. Dann bestünde der bessere Weg, die Armut zu bekämpfen, darin, das Hindernis zu beseitigen.

Äthiopien, Mitte der 1980er Jahre

Ein besonders tragisches Beispiel dafür, wie staatliche Umverteilungsmaßnahmen den Blick auf die Gründe der Armut verstellen, war die Hungerkatastrophe in Äthiopien Mitte der 1980er Jahre.

So stellten sich die Ereignisse in den Medien der wohlhabenden Länder dar: Im Oktober 1984, rund zehn Jahre nachdem in Äthiopien die Monarchie durch marxistische Rebellen beseitigt worden war, flimmerten Bilder einer schrecklichen Hungerkatastrophe über die Fernseher der wohlhabenden Welt. Die damalige Dürreperiode in der Sahelzone wurde

zur Ursache des Hungers erklärt. Eine in der Geschichte einzigartige Welle der Hilfsbereitschaft durch private Spender, gemeinnützige Organisationen und westliche Regierungen brachte Nahrungsmittel in das hungernde Land. Die Bedingungen für die Verteilung setzte die äthiopische Regierung. Eine Kontrolle durch die Spender konnte nicht stattfinden.

Monate später kam die Nachricht, Äthiopien habe auf dem Höhepunkt der internationalen Hilfslieferungen im Land selber produzierte Nahrungsmittel exportiert. Aber die Hilfsorganisationen und Regierungen hatten wenig Interesse, sich als gutgläubige Trottel hinstellen zu lassen, und die Sache blieb auf sich beruhen. Der Neuigkeitswert war sowieso verbraucht, für Äthiopien interessierte sich niemand mehr.

Der politische Hintergrund wurde von André Glucksman und Thierry Wolton aufgedeckt und unter dem Titel »Politik des Schweigens« (1986) publiziert. Die äthiopische bäuerliche Bevölkerung war sehr wohl auf eine Dürreperiode vorbereitet und konnte mit ihr durchaus umgehen. Die selbstbewußten und unabhängigen Bauern standen der neuen marxistischen Regierung, die von städtischen Intellektuellen gebildet worden war, skeptisch oder ablehnend gegenüber.

In einem ersten Schritt enteignete die äthiopische Regierung die Nahrungsmittelvorräte der Bauern, die diese für magere Zeiten stets anlegten. Die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Wucher beschlagnahmten Vorräte wurden an das Klientel der Regierung, die städtische Bevölkerung, verteilt. Den Bauern machte es zwar zu schaffen, daß ihre Vorräte einschließlich eines großen Teils ihres Saatgutes beschlagnahmt worden waren, aber sie vermochten dennoch, ein Existenzminimum für sich und ihre Familien zu produzieren.

In dieser Situation kam die äthiopische Regierung auf eine perfide Idee, um die aufsässige Landbevölkerung mundtot zu machen und gleichzeitig internationale Hilfsleistungen zu maximieren: Sie siedelte ganze Bevölkerungsteile um. Aus Gebieten, in denen sich die Bauern auskannten, wurden sie in karge Wüstenlandschaften verfrachtet. Auf den oft tagelangen Zwangsreisen erhielten die Menschen kaum Nahrung, so daß

sie entkräftet und ausgemergelt an den Zielorten ankamen. Nun wurde die Presse eingeladen, um das so geschaffene Elend zu filmen.

Man kann nicht sagen, daß die äthiopische Regierung besonders weitsichtig gehandelt habe. Denn das auf diese Weise behandelte Volk vermochte es dann doch, sich dieser Herrscher zur entledigen. Nachdem alle von den Bauern beschlagnahmten Nahrungsmittel aufgebraucht oder exportiert sowie alle Hilfslieferungen an Günstlinge der Regierung verteilt worden waren, murrten auch die Teile der Bevölkerung, die sich daran gewöhnt hatten, an den Verteilungen zu partizipieren. Die Bevölkerung war geschwächt, die Armee demoralisiert. Darum mußte die äthiopische Regierung, die diesen mörderischen Wahnsinn angezettelt hatte, ohne viel Gegenwehr gehen.

So kurzsichtig wie diese Regierung handeln andere Regierungen oder Institutionen nicht. Wichtig an der äthiopischen Tragödie ist es, das Prinzip zu erkennen, daß Armut nicht auf der Unfähigkeit der Verarmten basiert, für sich zu sorgen, sondern vielmehr auf politischen *Behinderungen*, dies zu tun.

Produktion von Armut

Machen wir uns mit diesem Paradigma auf die Suche nach institutionelle **Behinderungen**, die den Armen dabei im Wege stehen, für sich selbst zu sorgen. An einigen Stellen gibt es inmitten unserer »reichen« Gesellschaft offene Verbote, für sich zu sorgen. Ein Asylbewerber etwa ist auf die Umverteilung angewiesen, weil es ihm verboten ist, Arbeit zu suchen. Auch ein Jugendlicher, der zu einem armen Haushalt (z. B. mit einer alleinerziehenden Mutter) gehört, kann sich darum nicht aus der Armut befreien, weil ihm aufgrund der Jugendschutzgesetze verboten ist, zu arbeiten.

Bei der Mutter dieses Jugendlichen, die arbeitslos ist, läßt sich das Prinzip der institutionellen Behinderung weniger leicht erkennen. Da kein Arbeitgeber bereit ist, ihr Arbeit zu geben, scheint es, daß es »zu wenig Arbeit« gibt – ganz so, wie

es in Äthiopien schien, als gäbe es dort »zu wenig Nahrungsmittel«.

Nahrungsmittel werden produziert, und darum muß man, wenn es zu wenig davon gibt, fragen, *warum* zu wenig produziert wird. Arbeitskräfte werden gebraucht, solange noch nicht genügend für alle produziert worden ist. Darum muß man, wenn keine Arbeitskräfte mehr eingestellt werden, fragen, was die Produktivität behindert, bevor wir im Schlaraffenland angekommen sind.

Ja, warum stellt ein Arbeitgeber keine Arbeitskräfte mehr ein? Nicht, weil es keine Arbeit mehr zu tun gäbe. Sondern er stellt dann niemanden weiteres mehr ein, wenn das Produkt der weiteren Arbeitskraft weniger Wert besitzt als die Kosten, die er durch die Einstellung der weiteren Arbeitskraft hat.

An dieser Stelle wird immer eingewendet, daß die institutionellen Mechanismen, die die Arbeitskosten hoch halten, geradezu die Aufgabe erfüllen würden, die Armut zu bekämpfen. Das Verbot, geringere Löhne zu zahlen, schützt nach diesem Einwand die Arbeitnehmer vor der Armut, ebenso wie die Sozialabgaben und anderen Lohnnebenkosten, die der Absicherung dienen. Der Einwand berücksichtigt jedoch nicht:

Die erzwungene Hochsetzung der Löhne zieht für die am geringsten bezahlten Arbeitnehmer keine Lohnerhöhung nach sich, sondern Arbeitslosigkeit.

Bei erzwungenen höheren Löhnen stellt der Arbeitgeber nur Personen ein, die auch eine höhere Produktivität versprechen. Wäre es anders, würde er sein Unternehmen ruinieren und noch mehr Arbeitslose produzieren.

Diese Tatsache taucht in der Diskussion regelmäßig an einer anderen Stelle auf: Die besser qualifizierten Arbeitskräfte leiden weniger unter Arbeitslosigkeit als die schlechter qualifizierten Arbeitskräfte. Die Schlußfolgerung, die aus dieser Beobachtung gezogen wird, lautet, man müsse die schlechter qualifizierten Arbeitskräfte zwingen, sich besser zu qualifizieren, um Arbeit zu finden.

Die Erfahrungen mit der Industriellen Revolution zeigen, daß ein anderer Weg eingeschlagen werden muß: Der sich selbst regulierende Arbeitsmarkt tendiert zu einer stetigen Erhöhung aller Löhne (und Senkung aller Arbeitszeiten). Dies geschieht, weil durch die volle Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials immer größere Mengen produziert werden können. Die offenen Volkswirtschaften Englands und der USA konnten im 19. Jahrhundert große Massen an Arbeitskräften aus den armen Ländern aufnehmen, in denen aufgrund politischer *Behinderungen* keine wirtschaftliche Entwicklung stattfand.

In diesen offenen Volkswirtschaften qualifizieren sich die Menschen durch die Arbeit und in der Arbeit. Sie fragen auch schulische Qualifikationen freiwillig nach, finanzieren sie sogar selbst, um an der Entwicklung besser teilhaben zu können (vgl. S. 109ff und S. 178 ff).

Charles Murray (1984) hat folgenden Vergleich angestellt: Er nahm vorsichtige Prognosen aus den 1950er Jahren für die Entwicklung der armen schwarzen Bevölkerung in den USA und stellte sie der tatsächlichen Entwicklung unter der Bedingung einer Gesellschaft gegenüber, die seit den 1960er Jahren eine angeblich aktive Bekämpfung der Armut betrieben hat. Das Ergebnis dieser Studie: In vielen Parametern ging es der armen Bevölkerung tatsächlich *schlechter*, als die pessimistischsten Prognosen hätten erwarten lassen.

Eine Gesellschaft, die die Armut als Verteilungsproblem sieht, produziert die Armut, von der sie bedroht ist. Wer den Armen wirklich helfen will, muß sich gegen die etatistische Ideologie unserer Gesellschaft wenden – aber nicht, weil sie reich ist, sondern weil sie arm macht.

Das Mittel, den Armen zu helfen, besteht also nicht darin, die Reichen arm zu machen, sondern den Armen zu erlauben, für sich selbst produktiv zu werden:
Die staatlichen Behinderungen müssen aufgehoben werden.

Wirkungen der Einnahmeseite

Steuern

Steuern auf das **Einkommen** von Bürgern können progressiv gestaffelt werden. Auf die Steuerprogression baut sich im Endeffekt die stärkste Hoffnung, der Staat könne sozial ausgleichend wirken: nämlich dadurch, daß Menschen mit höheren Einkommen prozentual mehr abgeben müssen als Bezieher kleinerer Einkommen. Eine ausgleichende Wirkung hätte das jedoch nur, wenn die Bezieher höherer Einkommen nicht auch mehr Leistungen vom Staat bezögen. Dies kann durch eine »Steuerbilanz« geklärt werden, die Thema bei der Einschätzung der Wirkung der Ausgabenseite ist (S. 166ff).

Allerdings wird die Steuerprogression bereits auf der Einnahmeseite unterhöhlt. Da Bezieher höherer Einkommen über größere Möglichkeiten verfügen, ihr Einkommen zu verschleiern und »etwas abzusetzen«, zahlen sie sogar in absoluten Zahlen bisweilen weniger als die Bezieher kleinerer Einkommen.

Wenig beachtet worden ist auch die Tatsache, daß für einen Bezieher eines kleinen Einkommens ein geringer Steuersatz belastender sein kann als für einen Bezieher eines größeren Einkommens der hohe Steuersatz. Wer von 5000 € Monats-einkommen 50% abführen muß, verfügt mit 2500 € netto immer noch über eine vergleichsweise beachtenswerte Summe. Wer von 500 € 10% abführen muß, kann sich mit dem verbleibenden 250 € vielleicht nicht mehr sein Zimmer leisten, in welchem er zur Untermiete wohnt. Dies wird so hartnäckig übersehen, weil nicht sauber zwischen relativer und absoluter Armut unterschieden wird.

In Deutschland ist die Regierung vom Verfassungsgericht gezwungen worden, davon abzusehen, das Existenzminimum mit direkten (Lohn-)Steuern zu belegen. Dies ist durchaus ein Fortschritt. Die weiter unten (S. 162) besprochenen, indirek-

ten Verbrauchssteuern allerdings werden dadurch in ihrer regressiven Wirkung nicht geschmälert.

Entscheidend dafür, die Wirkung der Einkommenssteuer einzuschätzen, ist darüber hinaus die Betrachtung der ökonomischen Wirkungen. Steuern wirken zum einen leistungshemmend und setzen zum anderen einen Prozeß der Überwälzung in Gang. Beide Wirkungen schaden den Armen mehr als den Besserverdienenden.

■ **Leistungshemmung.** Die leistungshemmende Wirkung der Steuern wird von vielen sozialdemokratischen Politikern in Abrede gestellt. Sie kann jedoch ganz einfach überprüft werden: Wenn der Staat 100 % des Einkommens kassierte, würde niemand mehr dieses Einkommen erzielen wollen. Auch eine Senkung auf 99 % könnte da wohl nicht viel helfen. Also muß zwischen dem Steuersatz von 0 % bis 100 % irgendeine Steigerung der Leistungshemmung stattfinden. Das ist die Aussage der so genannten »Laffer-Kurve«. (Die leistungshemmende Wirkung der Steuern braucht übrigens nicht linear zu steigen, sondern kann unter Umständen »springen«.)

Beispiel: Nehmen wir an, jemand, der 10000 € Einkommen habe, würde seine Leistungen so einschränken, daß er aufgrund der Steuerprogression netto fast die gleiche Summe Geldes zur Verfügung habe, aber brutto bei 8000 € liege. Die 2000 €, die er nun weniger Bruttoeinkommen hat, werden nicht geleistet. In der Wirtschaft sind demnach weniger Werte entstanden. Verknappung von Werten – Gütern oder Dienstleistungen – zieht Verteuerung nach sich. Unter Verteuerung leiden naturgemäß die Bezieher kleiner Einkommen mehr als die Bezieher großer Einkommen. Außerdem bedeutet es, daß – (bei gleichbleibendem Lohnniveau) – weniger Arbeitsplätze existieren, wenn weniger Werte geschaffen werden. Auch bei Verknappung von Arbeitsplätzen sind die Bezieher kleiner Einkommen härter betroffen, denn ihre Arbeitskraft ist nicht-spezifisch (d.h. »austauschbar« oder »ersetzbar«).

■ **Überwälzung.** Derjenige, der in dem Beispiel 10000 € brutto hat, kann auch anders reagieren als mit Leistungseinschränkung: Er kann, wenn seine Arbeitskraft hinreichend spezifisch (»unersetzbar« oder »schwer ersetzbar«) ist, ein höheres Gehalt durchsetzen, um die Steuerlasten auszugleichen. Da durch diese Erhöhung des Gehaltes aber sein Output nicht steigt, heißt dies, daß sein Arbeitgeber die gestiegenen Lohnkosten entweder bei weniger verdienenden Mitarbeitern einsparen oder in Form von höheren Preisen an die Konsumenten weiter geben muß. Dieses Phänomen wird »Überwälzung« genannt. Die Überwälzung führt dazu, daß Steuern – auch progressive Einkommenssteuern – tendenziell auf den Konsum fallen. Im Prinzip wirkt jede Steuer wie die Mehrwertsteuer.

Selbst wenn es gewerkschaftlichen Aktionen gelingt, für die untersten Lohngruppen einen Ausgleich für Steuererhöhungen durchzusetzen, schädigt gerade das die am wenigsten Verdienenden. Die Wirkung ist ähnlich wie die der weiter unten (S. 174f und S. 183) behandelten Wirkung von Mindestlohngesetzen: Auf diese Weise wird die Arbeit »zu teuer« und im Bereich der niedrigsten Lohngruppen entsteht Arbeitslosigkeit.

Verbrauchssteuern sind vom Einkommen unabhängig. Sie wirken bereits bei der Erhebung eher regressiv. Wenn eine Familie ihr Haushaltseinkommen von 2000 € komplett verkonsumiert, zahlt sie bei einem Verbrauchssteuersatz von 15% = 300 €. Ein Single, der von seinem Nettogehalt, das 5000 € beträgt, 1000 € verkonsumiert (und den Rest spart), zahlt nur 150 €.

Da eine Verbrauchssteuer (also z. B. die sogenannte Mehrwertsteuer) stets die Produkte verteuert, ist sie für die Armen besonders belastend. Wenn etwa die Grenze relativer Armut ohne Verbrauchssteuer bei 2000 € liegt, würde sich, sobald eine Verbrauchssteuer von beispielsweise 20% erhoben wird, die Grenze auf 2200 € erhöhen. Wer einen Lohn von 2100 € bezieht, wäre vor der Steuererhebung nicht arm; aber danach müßte man ihn zu den Armen zählen.

Kreditaufnahme

Kreditaufnahme ist deshalb eine für Politiker so verlockende Art, Geld in die Staatskasse zu bekommen, weil sie zunächst niemandem eine Last aufzuerlegen scheint (während das bei der Steuererhebung der Fall ist). Kreditaufnahme wirkt jedoch mittelfristig zinssteigernd. Das heißt, daß diejenigen Menschen, die Schuldzinsen zahlen, den Teil des Staatshaushaltes finanzieren, der mit Krediten abgedeckt wird. Zum einen sind dies innovative Unternehmer, die Investitionen tätigen. Wenn ihre Möglichkeiten zu wirtschaftlichen Aktivitäten durch steigende Zinsen eingeschränkt wird, schadet dies selbstverständlich am meisten denjenigen, die in den neuen Betätigungsfeldern Arbeit gefunden hätten. Zum anderen werden durch steigende Zinsen all die schwer belastet, die trotz geringer Einkommen einen Kredit aufgenommen haben (»Überschuldung«).

Um diese beiden negativen wirtschaftlichen Auswirkungen steigender Zinsen zu vermeiden, werden die Zinsen vom Staat geldpolitisch gering gehalten. Dann allerdings stellt sich das Problem der Inflationsgefahr. Dem Thema Inflation ist ein eigener Abschnitt gewidmet (S. 165 f; vgl. auch S. 105 ff).

Abgaben

Abgaben spielen bei der Finanzierung von Tätigkeiten des Staates normalerweise eine untergeordnete Rolle. Meist handelt es sich um Zahlungen bei Dienstleistungen, die kommunal monopolisiert sind. Die Abgabenhöhe wird in der Regel politisch (also nicht betriebswirtschaftlich) bestimmt. Darum gibt es sowohl nicht kostendeckende, als auch überteuerte Abgaben. Für die Frage der Auswirkung auf die Armen ist dabei nur entscheidend, von welchen Leistungen sie wie viel beziehen und was sie dafür an Abgaben bezahlen. Dies ist Thema der »Steuerbilanz« in der Diskussion der Ausgabenseite des Staates (S. 166 ff).

In Situationen, in denen Steuererhöhungen zwar fiskalisch gesehen nötig, politisch aber nicht durchsetzbar sind, können über die Erhöhung von Abgaben jedoch versteckte Steuern er-

hoben werden. Es hat in den 1990ern in Deutschland Jahre gegeben, in denen die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausschließlich auf der Erhöhung von Abgaben beruhte. Klar, daß die Steigerung von Lebenshaltungskosten die Bezieher unterer Einkommen sowie feststehender Renten besonders trifft.

Zwangsbeiträge

Der Anteil, der dem Bruttolohn zwangsweise für die sog. Sozialbeiträge abgezogen und der ihm als »Arbeitgeberanteil« aufgeschlagen wird, ist in Deutschland sehr hoch. Dieser Anteil ist prozentual vom Einkommen abhängig, das heißt, daß er sich progressiv staffeln läßt. Eine sozial ausgleichende Wirkung geht davon allerdings nicht aus: Die »Lohnnebenkosten« verteuern die Arbeit deutlich. Das heißt, daß Menschen mit geringer Grenzproduktivität kaum eine Chance auf Arbeit bekommen. Durch die Lohnnebenkosten steigt die erforderliche Grenzproduktivität (also die Soll-Produktivität, bei der sich der Einsatz des Faktors »Arbeit« noch lohnt). Arbeiter, deren Grenzproduktivität ohne Lohnnebenkosten ausreichen würde, bleiben nun arbeitslos. (»Grenzproduktivität« bezeichnet in der Ökonomie den Beitrag zur Wertschöpfung, den der zuletzt eingestellte Arbeiter einer bestimmten Kategorie leistet: Jede weitere Anstellung würde den Lohn so senken, daß niemand dafür arbeitet; jede geringere Beschäftigtenzahl würde die Wertschöpfung des Unternehmens mindern.)

Ein Indiz dafür, daß Steuern und Lohnnebenkosten die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindern, ist die Verbreitung von Schwarzarbeit: Schwarzarbeit ist Arbeit, nach der Nachfrage unter der Bedingung besteht, daß die Bruttokosten um die Steuer- und Zwangsbeiträge reduziert sind. Ist die Reduktion nicht möglich, wird die Arbeit nicht nachgefragt. Da jedoch nicht alle Arbeit als Schwarzarbeit angeboten werden kann bzw. viele Arbeitsanbieter und -nachfrager die mit der Schwarzarbeit verbundene Kriminalisierung fürchten, liegt das Niveau von Schwarzarbeit weit unter dem, was an Arbeitsplätzen entstehen könnte, würde die entsprechende Abgabenlast reduziert.

Inflation

Inflation ist keine offizielle Einnahmequelle des Staates wie Steuern, Kreditaufnahme, Abgaben, Zwangsbeiträge. Warum ich sie gleichwohl zu der Einnahmeseite der Staatstätigkeit zähle, bedarf der Erläuterung.

Inflation ist nicht – wie vielfach mißverständlich behauptet wird – eine Preissteigerung, sondern Geldvermehrung. Die Geldvermehrung kann (aber muß nicht) eine Preissteigerung nach sich ziehen. Die Preissteigerung kann ausbleiben, wenn beispielsweise statt dessen die Produktivität steigt. In den letzten Jahren ist alles rund um die Computertechnologie extrem im relativen Wert gesunken. Stabiles Preisniveau ist hier objektiv eine Inflationswirkung, denn die Preise hätten noch stärker sinken müssen.

Erzeugt wird die Inflation durch das Drucken von zusätzlichen Banknoten oder durch geldpolitische Verbilligung des Kredits. Schon in den 1930er Jahren hat F.A. Hayek [1899-1992] nachgewiesen, daß die zyklischen Wirtschaftskrisen (die erst Marx [1818-1883] und dann Keynes [1883-1946] fälschlich als unausweichliches Marktgeschehen bezeichnet hatten) auf die Kreditexpansion zurückzuführen sind. In den 1970er Jahren ist diese bis dahin verdrängte Theorie empirisch bestätigt worden.

Durch Inflation verschleiert der Staat seine Kreditaufnahme. Allerdings ist die Erwartung, daß durch Inflation die Wirtschaft angekurbelt werde, so daß die Kreditaufnahme eine gleichsam für den Bürger kostenneutrale Staatsfinanzierung wäre, höchst trügerisch. Denn das neu gedruckte Geld repräsentiert ja keine substanziellen Werte. Es entsteht (unter einer Reihe anderer Wirkungen) die »Geldillusion«, in der die Wirtschaft meint, es stünden produktive Werte zur Verfügung, die es jedoch nicht gibt, bzw. die vom Staat verkonsumiert werden. Aus dieser Geldillusion heraus neigen Unternehmer dazu, falsche Entscheidungen zu treffen, die zu den bekannten Krisenerscheinungen führen.

Die Krisenerscheinungen und die (sichtbaren oder versteckten) Preissteigerungen führen immer zum besonderen

Nachteil der kleinen Leute: Sie sind es, die arbeitslos werden, und sie haben damit zu kämpfen, wie sie bei steigenden Preisen und sinkenden Reallöhnen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Die von der Inflation bewirkten Fehlinvestitionen ziehen Kapitalvernichtung nach sich und senken auf diese Weise die Grenzproduktivität der Arbeit. Das ist dann die Ursache von Massenarbeitslosigkeit, die in jeder Inflationskrise zu beobachten ist.

Wirkungen der Ausgabenseite 1: Steuerbilanz

Prinzip

Systematisch gesehen beruhen alle Ausgaben des Staates auf »Steuern«, ob sie nun so heißen oder nicht. Denn alles, was der Staat ausgibt, muß er »vereinnahmt« (**enteignet!**) haben.

Die Frage lautet, ob die Wirkungen der Steuern progressiv oder regressiv sind, das heißt, ob der Staat einen sozialen Ausgleich herstellt oder nicht. Um diese Frage zu klären, muß das, was der einzelne an den Staat als Steuern zu zahlen hat, gegen das aufgerechnet werden, was er vom Staat als Leistung bekommt. Das ist die »Steuerbilanz«. Wenn diese Steuerbilanz negativ ist, ist der Betreffende ein Nettosteuerzahler, ist sie positiv, ist er ein Nettosteuerkonsument.

Empirische Studien zur Wirkung von staatlichen Ausgaben kommen durchweg zu dem Schluß, daß die Steuerbilanz für die Armen negativ, für die Reichen positiv sei. Gordon Tullock faßt diese Ergebnisse unter dem Schlagwort »welfare for the well-to-do« (1983) zusammen. Historische Untersuchungen z. B. zur Schulentwicklung legen nahe, daß die Mittel- und Oberschicht die Einrichtung öffentlicher Bildungsinstitutionen mehr oder weniger bewußt forciert haben, um von der Quersubventionierung durch die Armen zu profitieren. Weil inzwischen klar ist, daß die Besserverdienenden von der Zwangspflegeversicherung mehr haben als die Armen, sollte man überlegen, ob die wirklichen Nutznießer dies nicht von Anfang an kalkuliert haben. Es wäre dann nur Ideologie, wenn

Maßnahmen des Wohlfahrtsstaates mit dem Argument eingeführt werden, daß damit den Armen geholfen werden solle.

Beispiel Infrastrukturen

Staatliche Infrastrukturen (Bau von Verkehrswegen, Verkehrssicherheit und -gerichtsbarkeit, Enteignung von Grund und Boden im »öffentliche Interesse« an Verkehrswegen, kostenlose Verschmutzungsrechte für Verkehrsmittel) werden nur zum Teil durch Beiträge, Abgaben oder verbrauchsabhängigen Steuern (z.B. Mineralölsteuer) finanziert, sondern auch aus dem allgemeinen Staatshaushalt. Das bedeutet: Wer irgend eine staatliche Infrastruktur stärker nutzt als ein anderer, erhält damit mehr Leistungen als der andere. Die Infrastrukturen werden von Besserverdienenden unzweifelhaft häufiger in Anspruch genommen als von schlechter Verdienenden.

Ein großer Teil der Staatsausgaben bezieht sich in gleicher Weise wie die Infrastruktur tendentiell mehr auf Bedürfnisse der Besserverdienenden: Bildungsausgaben, Rechtsprechung und Sicherheitsdienst, Kulturangebote und Subventionen werden zum großen Teil oder sogar vollständig von den Beziehern höherer Einkommen in Anspruch genommen. Die Steuerbilanz für die Armen ist so negativ, daß sogar dann, wenn in einem Arme-Leute-Gebiet 50% der Einwohner Sozialhilfe beziehen, gleichwohl für die gesamte Gruppe mehr Steuergeld aus dem Gebiet abfließt als hineinkommt.

Beispiel Wohngeld

Auch wer Wohngeld bekommt, kann gemäß der Steuerbilanz Nettosteuerzahler sein: wenn er mehr an den Staat direkt über seine Einkommens- und Konsumsteuer sowie indirekt über die Inflationswirkung bezahlt, als er an Leistungen insgesamt erhält. Selbstverständlich müssen alle Leistungen gezahlt werden – vom Wohngeld über die kostenlose Schul- und Gehsteigbenutzung bis hin zur Partizipation an der Sicherheitsstruktur, die die Polizei darstellt.

Beispiel Sozialhilfe

Sogar jemand, der als Langzeitarbeitsloser Sozialhilfe bezieht und gar keine direkten Steuern zahlt, muß als Nettosteuerzahler betrachtet werden: Wenn er aufgrund von Krisen, die die Geldpolitik hervorruft, arbeitslos ist oder aufgrund von hohen Lohnnebenkosten, dann beträgt seine objektive Steuerzahlung die Differenz zwischen dem von ihm erzielbaren Lohn und seinem Sozialhilfesatz.

Wirkungen der Ausgabenseite 2: Ökonomische Effizienz

Prinzip

Staatliche Leistungen sind, so geht aus der Steuerbilanz hervor, nicht wirklich kostenlos, sondern sie scheinen es nur zu sein. Sie stehen zwar jedem zur Verfügung, ohne daß er sie in Abhängigkeit von der Nutzung bezahlen muß, jedoch finanziert jeder sie über seine Steuerzahlungen. Darum ist es sehr wichtig zu fragen, wie *effizient* das Leistungsangebot des Staates ist: Wenn der Staat Leistungen monopolisiert und sie damit (im Einklang mit allen Monopoltheorien) verteuert, schadet er den Armen. Sie sind es, die Konsumverzicht leisten müssen.

Beispiel Telekommunikation

Jahrelang ist den Deutschen eingeredet worden, die Telekommunikation müsse als staatliches Monopol angeboten werden, damit für die kleinen Leute – die oft bemühte »arme alte Frau mit kleiner Rente« – das Telefonieren günstig bleibe. Dies werde durch eine »Quersubventionierung« erreicht, d.h. berufliche Vieltelefonierer würden höhere Gebühren zahlen, um damit geringe Privatgebühren »gegenzufinanzieren«. Die teilweise Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikation hat gezeigt, daß auch die Privatgebühren sinken. Daraus folgt, daß für lange Zeit die Armen mit zu hohen Telefonkosten belastet worden sind. Sie mußten die Ideologie des Wohlfahrtsstaates mit Konsumverzicht bezahlen.

Beispiel Kohlesubventionen

Die Frage der ökonomischen Effizienz stellt sich besonders bei Subventionen. Wenn man die Gesamtsumme, mit der der Kohlebergbau subventioniert wird, durch die Zahl der Bergleute dividiert, könnten sie ein extrem hohes Managergehalt ausbezahlt bekommen. Es wäre in der Tat billiger, den Bergleuten ihr Gehalt zu zahlen und sie nichts tun zu lassen, als den Bergbaubetrieb aufrecht zu erhalten. Das Geld, das durch die Kohlesubventionen verschwendet wird, müssen die Nettosteuerzahler aufbringen, also die kleinen Leute. Sie bezahlen auch hier mit Konsumverzicht, daß unfähige Manager subventioniert werden.

Beispiel Sozialhilfe

Selbst bei Subventionen, die nicht über den Umweg der Finanzierung unwirtschaftlich arbeitender Unternehmen ausgeschüttet, sondern direkt an die angeblich Bedürftigen verteilt werden, stellt sich die Frage der Effizienz. Man schätzt, daß gut zwei Drittel des Geldes für soziale Ausgaben in die Verwaltung und in die Bezahlung von Sozialarbeitern und von anderen Mittelschichtberufen fließt. Höchstens ein Drittel kommt bei den Betroffenen an. Milton Friedman hat errechnet, daß es sehr viel billiger wäre, die Wohlfahrtsbürokratie durch ein allen Bürgern garantiertes Mindesteinkommen (»negative income tax«, »Bürgergeld«) zu ersetzen, das ohne bürokratische Formalitäten ausgezahlt wird.

Die wahren Empfänger von Subventionen sind so wie so meist die Besserverdienenden, die wissen, wie sie die entsprechenden Möglichkeiten ausschöpfen. Die Subventionen für die Landwirtschaft, mit denen angeblich armen Bauern geholfen werden soll, haben in Wahrheit die Industrialisierung und Konzentration der Landwirtschaft forciert.

Beispiel Kultursubventionen

Eine Reihe von Subventionen beziehen sich gänzlich auf Angebote, die fast ausschließlich von Mitgliedern der gehobenen

Schichten in Anspruch genommen werden. Dazu zählt die Oper ebenso wie das Studium an der Universität.

Beispiel öffentliche Sicherheit

Eine besonders schlechte Performanz zeigt der Staat in einem Bereich, in welchem er eigentlich sein ursprüngliches Recht behauptet: Polizei, Justiz und Vollzug. Die Gefängnisse, die oft aus kleinen Gaunern große Verbrecher machen, werden von allen bezahlt, auch den Opfern. Die meisten Opfer von Verbrechen sind wohlgerne kleine Leute. Aber es wird fast nichts getan, um ihnen Wiedergutmachung zu verschaffen. Die Gerichte sind überlastet mit Zankereien zwischen wohlhabenden Nachbarn oder zwischen wohlhabenden Unternehmen, während für die Fälle der kleinen Leute weder Zeit noch kompetente einfühlsame Richter vorhanden sind. Die Polizei kümmert sich um den teuren Personenschutz für Politiker und Unternehmer, die auch private Bodyguards bezahlen könnten, während für den billigen Schutz von Bahnhöfen oder gefährdeten Nachbarschaften kein Interesse besteht.

Wirkungen der Ausgabenseite 3: Zieleffizienz

Prinzip

Neben der Frage, ob der Staat denn seine Leistungen effizient produziert, sollte überprüft werden, ob er sie entsprechend den Bedürfnissen der Betroffenen gestaltet. Wer eine Leistung auf dem Markt anbietet, muß sie stets so gestalten, daß die potentiellen Abnehmer bereit sind, für sie zu zahlen. Der Staat muß dies nicht, weil er keine Bereitschaft zum Zahlen braucht. Er erzwingt die Zahlung. Insofern macht sich der Staat von den Nachfragern unabhängig.

Die perverse Folge des öffentlichen Angebots von Leistungen besteht darin, daß die Armen nehmen müssen, was der Staat für angemessen hält, während die Reichen Wahlfreiheit haben. Bedingt durch die hohe Steuerlast haben die Armen keine Wahl: Sie müssen das staatliche Angebot entweder nut-

zen oder auf Bildung bzw. eine der anderen staatlichen Leistungen verzichten.

In Deutschland ist diese Perversität auf die Spitze getrieben worden im Bereich des Sozialversicherungswesens: Sogar das Gesetz schreibt vor, daß die kleinen Leute die über- teuerten und unsicheren Angebote der »gesetzlichen« Kranken- und Rentenkassen in Anspruch nehmen müssen, während ausdrücklich nur die Besserverdienenden die günstigeren und vertragstreuen privaten Kranken- und Rentenversicherungen wählen dürfen.

Neben den ineffizient produzierten Gütern gibt es auch staatliche Leistungen, nach denen gar keine Nachfrage besteht. Dazu gehören etwa weite Teile der Sozialarbeit oder des Jugendschutzes, die von den Betroffenen eher als Einmischung in ihre Angelegenheiten denn als großzügige Hilfe bewertet werden. Auch das Eingreifen der Polizei bei opferlosen Delikten wie z.B. Drogenhandel und -konsum oder Prostitution folgt nicht der Nachfrage. Gleichwohl müssen auch diese Leistungen bezahlt werden. Sie werden von den kleinen Leuten bezahlt, denen sie eher schaden als nutzen, während die Werte, die diesen »Leistungen« zugrundeliegen, die Werte der Mittel- und Oberschicht reflektieren.

Beispiel öffentliche Nahverkehrsmittel

Der Staat monopolisiert den öffentlichen Nahverkehr unter anderem mit der Begründung, er müsse für arme Rentner die Möglichkeit der Mobilität garantieren (durch subventionierte Fahrpreistarife). Wenn der Staat jedoch darauf verzichten würde, von den Rentnern über die Mehrwertsteuer erhebliche Summen abzuschöpfen, könnten sie selbst entscheiden, welche Form des Nahverkehrs sie benutzen wollten, selbst wenn das dann etwas teurer wäre als heute. (Obwohl, wie gesagt, die Wahrscheinlichkeit besteht, daß nach einer Privatisierung die Preise sinken anstatt steigen.)

Beispiel Bildungsinstitutionen

Bei der Bildung ist dieses Phänomen sehr gut untersucht:

Schulen und Hochschulen orientieren sich bei ihrem Angebot an Werten, Inhalten und Zielen der Mittel- und Oberschicht. Auch wenn Mitglieder der Unterschicht das kostenlose öffentliche Angebot nutzen, so ist es doch nicht auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten.

Beispiel Sozialhilfe

Die Auszahlung von sozialer Unterstützung mag im Interesse der Betroffenen sein (unabhängig von der Frage, warum sie Betroffene sind). Gleichwohl folgt diese Zahlung offensichtlich nicht den Bedürfnissen der Betroffenen, sondern denen der Bürokratie. Ein besonders augenfälliges Beispiel ist die in allen Wohlfahrtsstaaten zu beobachtende Tendenz, Empfänger von Ausgleichszahlungen räumlich zu konzentrieren. Dadurch entstehen »soziale Brennpunkte«, aus denen es für diejenigen, die einmal in den Genuß von staatlichen Zahlungen gekommen sind, kaum noch ein Entrinnen gibt. Auf diese Weise stellt die Bürokratie sicher, daß es immer eine genügend große Zahl von Menschen gibt, die auf Gedeih und Verderb den Zahlungen und Regelungen der entsprechenden Ämter unterworfen sind.

Es läßt sich eindeutig zeigen, daß es eine Abhängigkeit von Armut und Ausmaß der Unterstützung einerseits sowie Armut und Sozialprestige der Armen andererseits gibt. So ist schon lange beobachtet worden, daß es mehr Arme in Regionen mit überwiegend katholischer Bevölkerung gibt als in Regionen mit überwiegend calvinistischer Bevölkerung. Für die katholische Bevölkerung war das Spenden für Arme nicht nur Christenpflicht, sondern den Armen eignete auch eine gewisse Heiligkeit. Im Calvinismus dagegen galt zwar auch die Pflicht zur Unterstützung von Armen – in den calvinistischen Gemeinden der Schweiz gab es Armenhäuser –, aber das Armsein wurde als Zeichen dafür genommen, daß man Gott nicht gefiel. Armut war eine Strafe Gottes, und niemand wollte zeigen, von Gott gestraft worden zu sein. Dementsprechend waren die Schweizer Armenhäuser in der Regel ziemlich leer.

Auch gibt es einen Zusammenhang zwischen Armut und

Ausmaß der Unterstützung. In den USA wurde Mitte der 1990er Jahre ein Programm gestartet, nach welchem die Höhe der Sozialhilfe für die jeweilige unterstützte Person stetig abnimmt, bis sie nach fünf Jahren auf Null gesunken ist. Es gelang, fast alle Personen dieses Programms vor Ablauf der fünf Jahre in Lohn und Brot zu setzen. Für den Rest sorgen dann private wohltätige Organisationen wie beispielsweise die katholische Kirche.

Trotz des feststehenden Zusammenhanges zwischen Armut und sozialen Rahmenbedingungen bleibt festzuhalten, daß die Armen Opfer der etatistischen Gesellschaft sind.

Beispiel sozialer Wohnungsbau

In die Kategorie von nicht bedürfnisgerechten Leistungen gehört auch der »soziale Wohnungsbau«. Zusätzlich zu der Tatsache, daß dieser meist mietpreissteigernd wirkt, handelt es sich in der Regel um städtebauliche Katastrophen. Die Wohnungen, die auf diese Weise zur Verfügung gestellt werden, entsprechen nicht den Lebensgewohnheiten und den Werten der Betroffenen. Edward Banfield (1984) hat gezeigt, daß die Differenz zwischen Unterschicht und Mittelschicht zu einem großen Teil auf die verschiedene Zeitpräferenz zurückgeführt werden kann. Angehörige der Unterschicht legen mehr Wert auf kurzfristigen Konsum als auf langfristige Wertakkumulation. Diese Verschiedenheit hat eine weitreichende Konsequenz für den sozialen Wohnungsbau: Wenn Menschen mit kurzer Zeitpräferenz in Wohnungen untergebracht werden, die nach den Werten der Mittelschicht geplant sind, wird das Ergebnis nicht eine Verbesserung der Lage der Betroffenen sein, sondern Vandalismus. Genau dies ist es auch, was empirisch an fast allen Objekten des sozialen Wohnungsbaus überall auf der Welt zu beobachten ist.

Beispiel Justizvollzug

Die erwähnte schlechte Performanz der Gefängnisse liegt ebenso weder im Interesse der Opfer noch in dem der Täter: Die Opfer werden in der Regel nicht entschädigt, nicht einmal

das Bedürfnis nach Rache wird durch den heutigen, bürokratisierten Strafvollzug befriedigt. Aber auch den Tätern wird nichts Gutes getan: Sie werden weder in die Lage versetzt, ihre Schuld den Opfern gegenüber so weit wie möglich abzutragen, noch erhalten sie eine Chance, wieder ins normale Leben zurückzukehren. Da das Versagen der Gefängnisse, die Gesellschaft zu schützen, den Opfern Genugtuung zu verschaffen oder die Täter zu resozialisieren, so offensichtlich und seit langem bekannt ist, hat Michel Foucault (1986) die These aufgestellt, das wirkliche Ziel der Gefängnisse sei die Schaffung einer Schicht von Kriminellen.

Wirkungen der Interventionen

Prinzip

Der Staat behindert die Armen nicht nur, indem er ihnen von dem wenigen Geld, was sie haben, etwas als »Steuern« abnimmt und in einer Weise ausgibt, die meistens den Besserverdienenden zugute kommt, sondern auch durch die Regeln, die er aufstellt. Das Erlassen der Regeln ist weitgehend kostenneutral (bis auf die legislativen und exekutiven Kosten). Die Folgen können jedoch sehr hohe Kosten sein.

Beispiel Mindestlohnbestimmungen

Die höchsten direkten Kosten für die Armen produzieren die Bestimmungen über den Mindestlohn. In Deutschland sind sie Teil des Tarifrechts. Mindestlöhne werden oft als notwendig proklamiert, damit Arbeitenden mit geringem Einkommen wenigstens ein Minimum garantiert wird. Die Konsequenz ist jedoch, daß die Arbeit für wenig Qualifizierte einfach wegfällt. Sie werden arbeitslos. Die wirklichen Absichten der Mindestlohnbestimmungen kommen jedoch bisweilen ans Licht. Im Südafrika der Apartheid und in den USA haben rassistische weiße Gewerkschaften Mindestlohnbestimmungen bewußt eingesetzt, um die billige schwarze Konkurrenz auszugrenzen. Ebenso werden in Deutschland im Baugewerbe

Mindestlöhne benutzt, um billige Konkurrenz aus Osteuropa fern zu halten. Ökonomisch gesprochen verringern Mindestlohnbestimmungen die Kosten der Diskriminierung (vgl. dazu auch S. 178 ff).

Beispiel Schutzbestimmungen

Ähnlich wie Mindestlohnbestimmungen wirken eine Reihe von anderen Schutzbestimmungen, zum Beispiel in den Bereichen Mieterschutz, Jugendschutz und Mutterschutz. Alle diese Schutzbestimmungen senken die Kosten der Diskriminierung (vgl. auch S. 181 ff), so daß Vermieter und Arbeitgeber Frauen, Randgruppen oder Arme ausschließen können, ohne daß ihnen dadurch Einnahmemöglichkeiten verloren gehen. Der Mutterschutz hat die Folge, daß Frauen erst gar nicht eingestellt werden. Der Jugendschutz hat die Folge, daß Jugendliche sich gar nicht erst ihren Lebensunterhalt verdienen können, sondern abhängig von den Eltern (oder den Institutionen des Sozialstaates) bleiben. Der Mieterschutz führt zu objektiv höheren Preisen, zu weniger Mietangeboten für arme Familien und zu stärkerer Diskriminierung.

Beispiel Zulassungsbestimmungen

»Approbationen« und ähnliche Zulassungsbestimmungen haben eine doppelte Wirkung auf die Lage der Armen: Zum einen kann durch die Approbation der Zugang zu einem Beruf (z.B. Arzt, Anwalt usw.) gesteuert werden, was sich zumeist als Diskriminierung von Armen und anderen Außenseitern auswirkt. Zum anderen werden durch Approbation die Einkommen der Approbierten hoch gehalten, was ihre Leistungen kostspielig und eventuell für Arme unerschwinglich macht.

Beispiel Geldmonopol

Die höchsten indirekten Kosten für die Armen gehen vom Geldmonopol aus. Mit Hilfe der geldpolitischen Manipulationen, die das Geldmonopol ermöglicht, verschafft sich der Staat (wie im Abschnitt »Inflation« gesagt) über die Steuereinnahmen hinaus Mittel. Die Folgen davon sind nicht nur ein

objektiv höherer Konsumverzicht der Bürger, der einer indirekten Steuer gleichkommt, sondern vor allem Wirtschaftskrisen, die sich in Arbeitslosigkeit ausdrücken. – Eine weitere Konsequenz des Geldmonopols ist, daß es keine legalen Möglichkeiten für Arme gibt, alternative Formen des Handelns zu entwickeln wie z. B. Tauschhandel.

Beispiel Prohibitionen

Sehr viel Elend und sehr hohe Kosten verursacht die Drogenprohibition. Drogenkonsumenten und (kleine) Drogenhändler werden kriminalisiert und zu potentiellen Armutskandidaten. Da die gehandelte Ware illegal ist, gibt es keine Qualitätskontrollen, was zu gesundheitlichen Schädigungen weit höher als nötig führt. Die Verfolgung von Drogenkonsumenten, Drogenhändlern und den Beschaffungskriminellen kostet die Steuerzahler Geld und zieht die Kapazität der Polizei von anderen, wirklich wichtigen Aufgaben im Bereich von Kapitalverbrechen ab.

Exkurs: Arbeitsdruck

Es wird immer höhere Qualität verlangt und immer weniger Produktionszeit gewährt. Für Mitarbeiter und Führungskräfte reicht es nicht mehr, eine Sache gut zu können, sondern sie müssen umfassende Fertigkeiten aufweisen. Außerdem ist es unabweisbar, ständig das Neue zu kennen und auch in der Lage zu sein, es anzuwenden und umzusetzen.

Schlichte Gemüter, Menschen, die ihre Zeit bei der Arbeit brauchen, gewissenhafte und penible Arbeiter, Menschen mit Gebrechen – alle diese werden zunehmend aus der Arbeit gedrängt. Wer allerdings engagiert arbeitet, wird schnell zum »Workaholic« gestempelt.

Zum Schuldigen für die Beschleunigung hat man die Globalisierung des Kapitalismus erklärt: Aufgrund der internationalen Konkurrenz, so die gängige Erklärung, würden die Geschäfte härter. Daraus ergäbe sich der Zwang, immer mehr,

immer besser und gleichzeitig immer billiger produzieren zu müssen.

Die Globalisierung setzt unsere Wirtschaft aber offensichtlich nur dann unter Konkurrenzdruck, wenn woanders besser und billiger produziert werden kann.

Besser kann nur dann irgendwo produziert werden, wenn dort mehr Kreativität und mehr Verantwortung für das Produkt vorhanden ist. Auf diese Weise läßt uns die Globalisierung teilhaben an der Kreativität und dem Verantwortungsgefühl von anderen.

Billiger wird dann woanders produziert, wenn dort die Arbeitskosten niedriger sind. Das heißt, daß die Globalisierung zu einem internationalen Ausgleich beiträgt, in welchem die Armut reduziert wird.

Das offensichtlichste Beispiel für die positiven Effekte der Globalisierung ist Japan: Die japanische Wirtschaft hat uns im ersten Schritt *billige* Produkte gebracht, etwa Autos. Im zweiten Schritt hat sie uns Produkte gebracht, die *besser* waren. So hat die japanische Automobilindustrie gezeigt, daß man haltbare Autos bauen kann. Inzwischen sind die Japaner kein armes Volk mehr, sondern ein reiches.

Den Arbeitsdruck produziert die etatistische Gesellschaft auf andere Weise. Durch die rituelle Risikominimierung (vgl. S. 118ff) entzieht sie der Produktivität immer mehr Menschen. Der verbleibende Rest muß die notwendigen Waren produzieren, damit der Amüsierbetrieb aufrecht erhalten bleiben kann. Beschleunigung erfahren diejenigen Menschen, die produktiv sind, weil sie die Waren für die Selbstverwirklicher und für die sozialstaatliche Unterstützung der Armen mitproduzieren müssen. Damit entsteht eine Gruppe von Opfern der Beschleunigung: diejenigen, die dem Druck nach höherer Qualität sowie schnelleren Ergebnissen und längerer Arbeitszeit nicht standhalten wollen oder können.

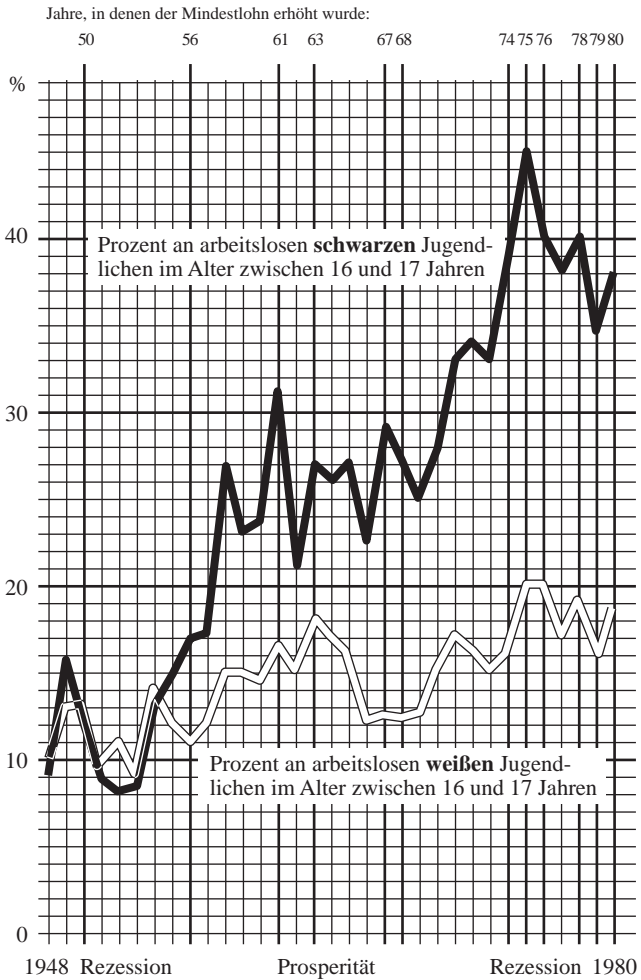
Die etatistische Gesellschaft polarisiert die Produktiven und die Unproduktiven, wobei sie selbst ein Faktor der Unproduktivität ist, der den Druck auf die Produktiven nur noch erhöht.

Diskriminierung und Rassismus

Entscheidet ein weißer Arbeitgeber, keine Farbigen einzustellen, wird dies schnell als Beweis für den persönlichen Rassismus eines bösen Kapitalisten genommen. Empirische Untersuchungen zur historischen Entwicklung des Arbeitsmarktes in den USA belegen jedoch, daß es einer expliziten mikroökonomischen Durchdringung des Phänomens der Diskriminierung bedarf, denn die alltagstheoretischen Annahmen über den Mechanismus der Diskriminierung stoßen auf Widerstand bei den Daten. So etwa:

1. Bis 1950 war der prozentuale Anteil von Arbeitslosen unter weißen und schwarzen Jugendlichen praktisch gleich. Ab 1950 tritt der Anteil auseinander. Ein größerer Prozentsatz schwarzer als weißer Jugendlicher ist arbeitslos. Diese Situation verschärft sich dramatisch in den 1960er Jahren, einer Zeit von fast hundertprozentiger weißer Vollbeschäftigung und von rapide abnehmendem weißen Rassismus (z.B. lehnten 1940 noch 65% der Weißen Schwarze mit gleichem Sozialstatus in ihrer Wohngegend ab, 1972 nur noch 24%).
2. Mit der Abnahme des weißen Rassismus entsteht der Wunsch, den Schwarzen mit staatlichen Maßnahmen zu helfen. Besonderer Nachdruck wird auf solche Maßnahmen wie Mindestlohn gelegt, der den am schlechtesten verdienenden, meist farbigen Arbeitern einen höheren Lebensstandard beschern soll, und auf forcierte Bildungsanstrengungen, die die Chancengleichheit sichern sollen. Alle Maßnahmen verpuffen weitgehend wirkungslos, ja die Situation breiter Schichten der diskriminierten Bevölkerung verschlechtert sich (z.B. wurden zwischen 1967 und 1971 durch das »Urban Renewal Program« 500 000 Wohnungen zerstört, aber nur 200 000 aufgebaut, davon lediglich 100 000 für Familien mit geringem Einkommen). Zwar besitzen heute mehr schwarze Jugendliche als je zuvor einen den weißen Jugendlichen ebenbürtigen Schul-

Jugendarbeitslosigkeit



Daten aus: Williams 1982, S. 39

abschluß, aber weniger schwarze Jugendliche als je zuvor finden Arbeit. Rassismus ist aber nicht Ursache des Phänomens: Denn nur an der reinen Schulbesuchsdauer gemessen nützt Schulbesuch Schwarzen weniger als Weißen; am Schulerfolg gemessen ist es umgekehrt: Erfolgreiche schwarze Schulabgänger steigern ihr Einkommen mehr als Weiße, d.h. eine Diskriminierung der Arbeitgeber gegen Schwarze gibt es nicht; vielmehr ist es die große Erfolglosigkeit in der Schule, die die Schwarzen behindert.

3. Die geographische Verteilung des Anteils von Schwarzen in gelernten Berufen richtet sich historisch nicht nach der Intensität von Rassismus. Der stärker rassistisch geprägte Süden der USA wies zu Beginn des Jahrhunderts einen höheren Anteil von Schwarzen in gelernten Berufen auf als der weniger rassistische Norden. Den politischen Siegen nordstaatlicher gewerkschaftlicher und sozialreformistischer Gruppen folgte eine Marginalisierung schwarzer Arbeitskräfte.

Die Kosten der Diskriminierung

Um diese Daten zu interpretieren, müssen wir unseren Blick auf diejenige Ebene richten, auf der Diskriminierung in der Interaktion stattfindet. Nehmen wir beispielsweise einen weißen rassistischen Arbeitgeber: Rassismus mag ein starkes Motiv seines Handelns sein, ist jedoch nicht sein einziges Motiv. Er ist auch Unternehmer. Die Frage lautet dann meist nicht, ob er überhaupt schwarze Arbeiter einstellt, sondern bei welcher Differenz zum Lohn eines weißen Arbeiters er sie nimmt. Denn in einer gegebenen Konkurrenzsituation kann er durch Senkung der Lohnkosten seine eigene Position verbessern.

Es ist üblich, die Differenz zwischen Löhnen für schwarze und weiße Arbeiter mit gleichen Aufgaben als einen Indikator für Rassismus zu nehmen. Dies ist nicht unberechtigt. Aber jene Differenz steht auch noch für etwas anderes: Vom Standpunkt des Arbeitgebers aus gesehen ist die Differenz nämlich der Preis der Diskriminierung, d.h. ein Arbeitgeber, der strikt keine Schwarzen einstellt, muß dafür die Differenz an höheren

Lohnkosten in Kauf nehmen. Von der Seite des schwarzen Arbeitnehmers aus gesehen ist die Lohndifferenz schmerzhaft, jedoch weniger schmerzhaft als etwaige Arbeitslosigkeit. Die Differenz ist der Preis, den er zur Überwindung von Rassismus bezahlt. Dies ist nicht zynisch gesagt, denn es handelt sich tatsächlich um eine Überwindung des Rassismus, jedenfalls auf lange Sicht, und zwar aus drei Gründen:

- Mit zunehmender Qualifikation des schwarzen Arbeiters bei der Arbeit wird der Preis, den der Arbeitgeber für fortgesetzte diskriminierende Behandlung zahlen muß, größer. Der Arbeitgeber riskiert etwa, daß der qualifizierte diskriminierte Arbeiter, der inzwischen für den Produktionsablauf wichtig geworden ist, von einem weniger rassistischen Arbeitgeber abgeworben wird. Stichwort: Dialektik von Herr und Knecht. Ein anderer Ausweg für den qualifizierten diskriminierten Arbeiter ist die Selbständigkeit. Stichwort: Black Capitalism.
- Mit zunehmender Nachfrage nach schwarzer Arbeitskraft wird die Lohndifferenz allmählich kleiner, bis sie schließlich verschwindet und in die Normalsituation übergeht, daß der jeweils bestgeeignete Bewerber genommen wird.
- Mit zunehmender Integration schwarzer Arbeitskräfte in das Wirtschaftsleben, besonders mit der Zunahme von qualifizierten Schwarzen, wird die rassistische Stigmatisierung psychologisch immer schwerer durchzuhalten. Die Vorurteilsstruktur bricht zusammen, wenn auch langsam.

Bei allen drei Gründen handelt es sich um langfristige, gleichwohl empirisch nachgewiesene Tendenzen. Die Frage lautet, wie diese Tendenzen zur Überwindung des Rassismus abgebrochen, aufgehoben und umgekehrt werden konnten.

Der Staat senkt die Kosten der Diskriminierung

Prinzip

Politische Maßnahmen halten die Diskriminierung möglich. Der rassistische Arbeitgeber, der sich durch den Konkurrenz-

druck genötigt sieht, schwarze Arbeiter einzustellen, ärgert sich über seine Konkurrenten, die damit anfangen, Schwarze zu beschäftigen. Eine gradlinige Lösung für ihn besteht in dem Versuch, politisch ein Beschäftigungsverbot (»Job Reservation«) für Farbige durchzusetzen. So direkt sind die staatlichen Maßnahmen heute meist nicht mehr.

Diskriminierung geschieht systemisch, wiewohl ein gewisser intentionaler Anteil nicht völlig fehlen darf. Der intentionale Anteil kann jedoch durch die Kräfte der sozialen Selbstregulation langfristig absorbiert werden; nur systemische, d. h. politische Einflüsse können diesen Prozess stoppen. Seit langem weist z. B. Thomas Sowell darauf hin, daß »Quoten« für die Einstellung von Schwarzen und Frauen (»affirmative action« = positive Diskriminierung) seinen empirischen Untersuchungen zufolge dazu beitragen, die Vorurteilsstruktur aufrecht zu erhalten: Ein Schwarzer oder eine Frau bekommt eine Stelle aus der Sicht der Kollegen dann nicht, weil er/sie qualifiziert ist, sondern weil es die Quoten verlangen. Auf diese Weise, fand Sowell heraus, entsteht das Phänomen, daß es Schwarze bzw. Frauen mit Hochschulabschluß gibt, keine Hochschulabsolventen, die zufällig dunkle Haut haben oder weiblich sind.

Die sozioökonomische Analyse zeigt, daß der Staat mit der ideologischen Behauptung, einer diskriminierten Minderheit zu helfen, tatsächlich im Interesse der Rassisten die nicht-rassistischen Mitmenschen bevormundet und daß er es den etablierten Arbeitern ermöglicht, die diskriminierten Arbeiter indirekt, durch Ausschluß vom Markt, auszubeuten; daß er also jene beiden Gruppen (Rassisten, etablierte Arbeiter) privilegiert. Die Ideologie, die dem Staat auch die Unterstützung durch die Diskriminierten und ihrer politischen Fürsprecher sichert, bricht allerdings unter den Fakten zusammen.

Um nur diejenigen systemischen Maßnahmen kurz zu skizzieren, die bereits erwähnt worden sind, gehe ich auf Mindestlohn und Schulpflicht ein. Dies sind wohlgerneht nur zwei Mechanismen von vielen, die Diskriminierung politisch verankern.

Beispiel Mindestlohn

Mindestlohn- und Tarifbestimmungen fixieren Lohnkosten über dem Marktwert. Dadurch wird die Substitution von weniger qualifizierten durch höher qualifizierte Arbeitskräfte und von Arbeitskräften durch Kapital beschleunigt und derart der Arbeitsmarkt aus dem Gleichgewicht gebracht. Wenn in einer gegebenen Situation Angehörige von ethnischen und kulturellen Minderheiten durchschnittlich unterqualifiziert sind, werden sie von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Und anstatt die Chance zu bekommen, sich durch Arbeit zu qualifizieren, werden sie dequalifiziert, bisweilen gar arbeitsunfähig gemacht. Mindestlohnbestimmungen haben besonders Gewerkschaften in den USA und in Südafrika als Ersatz für nicht mehr durchsetzbare offene Reservierungen qualifizierter Arbeitsplätze für Weiße («Job Reservation») erfolgreich durchgesetzt.

Beispiel Schulpflicht

Die Beobachtung, daß unqualifizierte Menschen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind, führt zur sozialreformerischen Forderung nach schulischer Qualifizierung. Schule als Mittel der Qualifizierung soll oft auch gegen eine eventuelle antischulische subkulturelle Orientierung der Unterprivilegierten erzwungen werden, etwa mit verlängerter Schulpflicht. Damit wird die Chance, sich durch Arbeit zu qualifizieren, weiter eingeschränkt, während die in die Schule gezwungenen Jugendlichen vielfach eine Protesthaltung einnehmen, etwa die der reaktiven Dummheit, die sie dequalifiziert und arbeitsunfähig macht (Goodman-Hypothese, vgl. S. 220). Verlängerungen der Schulpflicht haben in den USA vornehmlich Vertreter der Mittelschicht gefordert, unter anderem, um damit den Zugang zur Gesellschaft für jene sozialen Gruppen zu verschließen, die an anderen Werten als solchen der Mittelschicht festhielten.

Die Tätigkeit des entwickelten Staates führt zu dem Problem, daß die Bevölkerungsgruppen durch den Klassenkampf in Widerspruch zueinander geraten. Organisierte Gruppen behaupten zwar, ihr partikularer »Anspruch« auf staatliche Zuwendungen liege im Allgemeininteresse. Die »Interessenvertreter« müssen diese Ideologie verbreiten, um Erfolg haben zu können. Wenn beispielsweise im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung die Kohle als Energiequelle ersetzt wird, erklärt man es zum nationalen Interesse, deren Förderung gleichwohl zu subventionieren. Die Subventionierung führt jedoch zu Folgeproblemen, durch die weitere soziale Kämpfe ausgelöst werden. Da im Kampf um die Kohlesubventionierung Arbeiterinteressen und Unternehmerinteressen gleichlauten, in den Folgekämpfen jedoch die unter Lohndruck stehenden Arbeiter und die unter Kostendruck stehenden Unternehmer gegeneinander antreten, sind die Erfolgchancen der Kämpfe ungleichmäßig verteilt. Daraus ergibt sich eine umfassende Entsolidarisierung.

Gegen den den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdenden Effekt der Entsolidarisierung hilft Rassismus. Den Rassismus des 20. Jahrhunderts begründet der Vorwurf, die gebanntmarkt Gruppe nähme den ehrbaren Bürgern »die Arbeit weg«. Die Folge der politischen Überformung des wirtschaftlichen Prozesses – die Arbeitslosigkeit – wird auf die Existenz von konkurrierenden Arbeitskräften geschoben. Als gäbe es eine festgesetzte Zahl an Arbeitsplätzen, behauptet die Ideologie, die physische Beseitigung einer bestimmten Anzahl von Menschen würde erneut zur Vollbeschäftigung führen. Diese Ideologie und die sie speisende Ökonomie ist nicht einfacher Irrtum, sondern sie ist notwendig, um das System des »pluralistischen« Interessenausgleichs – des Etatismus eben – zu schützen. Dieses System basiert darauf, daß der Staat seine Macht den organisierten gesellschaftlichen Interessengruppen in Relation zu ihrer Fähigkeit zur Verfügung stellt, öffentliche Zustimmung zu erzeugen. Es ist für das Sy-

stem unerheblich, ob sich die Handelnden demokratisch formell oder diktatorisch informell auseinandersetzen. In beiden Fällen bedarf es der Sündenböcke, die für die Anpassungs- und Übergangsprobleme bei den organisierten Interessen und für die Probleme der ausgegrenzten Gruppen verantwortlich gemacht werden können.

Den Etatismus kennzeichnet eine extreme Durchorganisation des alltäglichen Lebens. Interessen haben nur Chancen, sich zu behaupten, wenn sie organisiert sind. Die Behauptung eines Interesses geschieht durch Regelungen, die alle betreffen. Der Staat ist das Medium, um Partikulares zu Allgemeinem zu machen. Partikulares kann sich nie mit einem Eigenrecht ausgestattet autonom behaupten. Die Verallgemeinerung gelingt, oder das Interesse wird ausgeschlagen. Dies ist ein umfassender Angriff des Gemeinwesens auf die Individualität, die Entfaltungsmöglichkeit, die Spontaneität, der sich in Mangel an Engagement, Initiative und Lebensfreude der Menschen ausdrückt. Der Überschuß an Lebendigkeit wird ebenfalls über den Rassismus abgeleitet. Die gebranntmarkte Gruppe nimmt den ehrbaren Bürgern nämlich typischerweise nicht nur die Arbeit, sondern auch »die Frauen weg«. Juden sind wild, sexuell aktiv, erfolgreich, skrupellos – alles Eigenschaften, die die Faschisten selbst für sich in Anspruch nehmen, aber nicht einlösen. Das ist ein Lehrbuchbeispiel von Projektion.

Die Verklärung der angeblichen Spontaneität von Frauen, Kindern, Schwarzen ist Ausdruck davon, daß sie jederzeit wieder Opfer von Ausgrenzung werden können, wenn es die psychische Ökonomie des Etatismus erfordert.

Die Alternative: Ökonomie der Freiheit

Der Lohn der Arbeit

Arbeit im ökonomischen Sinne ist jede Tätigkeit, die durch Produktion für den eigenen Bedarf oder für einen Tausch den Lebensunterhalt des Arbeitenden sichert. Wodurch die Arbeit

im Tausch ihren Wert erhält, ist lange Zeit eine Frage der politischen Ökonomie gewesen.

Die Antwort von **Ludwig von Mises** (1940) war systematisch überzeugend – nämlich, daß Arbeit als »unangenehm« abgelehnt würde und nur durch die Kompensation mit Geld (oder, im Falle der Produktion für den eigenen Bedarf: mit dem zu erwartenden Arbeitsergebnis) jemand zum Arbeiten gereizt werden könnte.

Aber diese Antwort widerspricht der Beobachtung, weil oft angenehme, weniger entfremdete Arbeit höher bezahlt wird als stupide Maloche. Eine vollständige Antwort bedarf einer Differenzierung: Der Grad der »Unangenehmheit« einer Arbeit ist erst *einer* der wertbildenden Faktoren, nämlich von dem Verkäufer von Arbeitskraft her gesehen. Allerdings hat selbst eine Tätigkeit, die jemandem großen Spaß macht (etwa Sportunterricht einem jugendbewegten Lehrer), ihren Preis; denn würde sie nicht entlohnt, müßte eine andere, eventuell weniger Freude bereitende, aber den Unterhalt sichernde Arbeit gesucht werden. Es ist also auch die reine Zeit, die einen Preis hat. Bei Tätigkeiten, die eine lange Ausbildungszeit erfordern, muß darum der Jahre später zu erwartende Lohn die Möglichkeit aufwiegen, weniger sofort zu verdienen.

Der Käufer von Arbeitskraft kalkuliert mit zwei anderen Größen: zum einen mit dem Preis des Produkts, das mit der gekauften Arbeitskraft hergestellt werden kann, und zum anderen mit der Knappheit bzw. dem Überschuß an der von ihm gebrauchten, spezifisch qualifizierten Arbeitskraft. Darüber hinaus sichert er sich durch den Lohn Kontinuität: Der Sportlehrer beispielsweise muß seinen Unterricht selbst abhalten, wenn er gerade nicht übermäßige Lust dazu verspürt.

Ökonomisch gesehen bildet Arbeit zusammen mit Land (wozu auch alle Rohstoffe und Nutztiere gehören) die beiden Faktoren, auf die alle Produktion zurückgeführt werden kann. Der Mechanismus der Preisbildung für Arbeit ist also primär zu klären. Die Arbeitswertlehre von Karl Marx versagt. Die Vorstellung, der Preis der Arbeit sei der Preis der zur Reproduktion benötigten Waren, ist so unhaltbar wie diejenige, der

gerechte Preis eines Produkts sei die Summe der zu seiner Herstellung benötigten Mittel.

In beiden Fällen nämlich müßte der Preis der Waren bereits vorgegeben sein. Dies ist betriebswirtschaftlich gesehen tatsächlich so; betriebswirtschaftlich gesehen ist allerdings sowohl der Preis der benötigten Waren, einschließlich des Preises der Arbeit, als auch des Verkaufspreises vorgegeben. Daraus folgt, daß eine Summe von Löhnen und Ressourcenkosten, die über dem marktgegebenen Verkaufspreis liegt, die Produktion einer Ware verhindert. Also ist der Mechanismus der Preisbildung nicht erklärt, sondern vorausgesetzt.

Die subjektive Preistheorie

Es gibt keinen »objektiven« oder »gerechten« Preis, weder für eine Ware noch für Arbeit. Die befriedigende Erklärung des Preisbildungsmechanismus' für alle Waren, eingeschlossen die Arbeitskraft, ist die von der österreichischen Ökonomie vorgenommene Rückführung auf Markthandeln. Die Wünsche von Verkäufer und Käufer werden durch den Prozeß des Aushandelns auf einen Punkt gebracht oder es findet kein Tausch statt; dann gibt es allerdings auch keinen Preis, sondern weiter zwei unterschiedliche, nicht realisierte Preiswünsche. In einer komplexen arbeitsteiligen Geldwirtschaft geschieht das Aushandeln jedoch nur selten im direkten Kontakt zwischen einem Verkäufer und einem Käufer, sondern im Allgemeinen durch die in einer Gesamtsumme akkumulierte Nachfrage aller Käufer nach einer Ware und durch die Konkurrenz der Anbieter um die größere Stückzahl, d. h. bei gegebener Nachfragesumme geringerer Stückpreis. Diese Erklärung des Preisbildungsmechanismus wird »subjektive Theorie der Preisbildung« genannt.

Ist dieser Mechanismus tatsächlich universell? Oder könnte (würde) der »Verein freier Menschen«, wie Marx ihn sich vorstellte, eine andere Regelung treffen? Die berühmte Geschichte von B. Traven, in der er von einem Indianer berichtet, der mit dem Stückpreis für Bastkörbchen heraufging, als er mit einem Massenauftrag eines Weißen konfrontiert wurde,

wird manchmal angeführt, um zu zeigen, daß der Preisbildungsmechanismus kulturabhängig sei.

Dies kann die Geschichte jedoch nur dann zeigen, solange wir uns in der Analyse auf die monetäre Basis beschränken. Der Indianer erarbeitete seinen Lebensunterhalt nicht durch Flechten von Bastkörbchen, das ihm Spaß machte und in das er künstlerischen Ehrgeiz legte. Sein Preis war so berechnet, daß er neuen Bast für weitere Körbchen kaufen konnte. Um eine Massennachfrage zu befriedigen, hätte er Arbeit liegen lassen müssen, hätte ihm das Flechten keinen Spaß mehr gemacht, hätte er seinen künstlerischen Neigungen nicht mehr nachgehen können. Als Kompensation für diese Nachteile verlangte er einen höheren Geldlohn. Weit entfernt, die subjektive Theorie der Preisbildung zu entkräften, illustriert Travens Geschichte sie auf amüsante Weise. Sie warnt darüberhinaus vor dem Fehler vieler Ökonomen, den Geldlohn als für sich stehende Größe zu sehen und die Interdependenz zwischen Geldlohn, psychischen Faktoren und Zeit zu vernachlässigen.

Ist der Tauschwert unmoralisch?

Die Tatsache, daß etwas überhaupt einen Preis, d.h. einen Tauschwert hat, wird von der marxistischen Ökonomie kritisiert. Im Anfang des ersten Kapitalbandes heißt es: »Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedener Qualität, als Tauschwerte können sie nur verschiedener Quantität sein, enthalten also kein Atom Gebrauchswert« (Karl Marx, Marx-Engels-Werke, Band 23, S. 92).

In Wahrheit ist der Tauschwert nichts anderes als der soziale Ausdruck von Gebrauchswerten. Den Tauschwert zu negieren, bedeutet die Gesellschaft zu negieren. Tritt ein Mensch einzeln der Natur und seiner Arbeit gegenüber, gibt es nur Gebrauchswerte: diese Früchte kann ich essen; diesen Stock kann ich gebrauchen; dieses Dach, das ich fertige, schützt mich vor Regen.

Schon beim sozialen Zusammenhang zweier Menschen entsteht ein Tauschwert: Die einen Früchte schmecken mir besser, die anderen dir – wir tauschen sie; ich baue, weil ich es

besser kann (oder weil es bei mir schneller geht), zwei Dächer und du sammelst für mich Früchte – für mich ist das zweite Dach kein Gebrauchswert mehr.

Wenn sich der Tauschwert nicht gegen den Gebrauchswert abheben sollte, müßte unter den Menschen eine einheitliche Skala von Gebrauchswerten existieren. Objektiv fiel dann allerdings nur der Gebrauchswert jedes einzelnen mit seinem sozialen Ausdruck, dem Tauschwert, zusammen. Einem nachlässigen Beobachter könnte es in diesem Falle so erscheinen, als gäbe es gar keinen Tauschwert. So wird die Formulierung von Marx zur Grundlage totalitärer Praxis (Konformitätspolitik): Die gemeinsame Skala von Gebrauchswerten soll erzwungen werden, um auf diese Weise ein scheinbares Verschwinden des Tauschwerts zu erreichen.

Die subjektive Theorie der Preisbildung legt das Wirtschaften nicht auf Lohnarbeit oder eine Lohnhierarchie fest. Ein Betrieb kann durchaus etwa gleichen Lohn für alle zahlen oder einen anderen, kollektivistischen Verteilungsschlüssel benutzen, z. B. die Kopfzahl der Familie oder die Arbeitszeit. Alle, die in einem solchen Betrieb arbeiten, werten die gewählte Form und die damit zusammenhängenden erwarteten sozialen und psychischen Vorteile höher als einen eventuellen Mehrverdienst in einem Betrieb mit Lohnhierarchie.

Solange allerdings nicht alle Bedürfnisse der Mitarbeiter befriedigt werden können, muß es irgend einen Verteilungsschlüssel geben. Dieser braucht jedoch nicht formalisiert zu sein. Eine Arbeitergruppe, in der ein solcher Grad an gegenseitiger Verbundenheit, Vertrautheit und Verantwortung besteht, daß keiner in einer die anderen schädigenden Weise zulangt, kann durchaus ein kommunistisches Prinzip des »Nehmens nach dem Bedürfnis (unter Einschränkung des Möglichen)« einführen. Dies widerspricht der subjektiven Theorie der Preisbildung nicht, auch wenn dadurch in bestimmten Bereichen keine festen und offen zutage tretenden Preise zustande kommen.

Jedoch besagt die subjektive Theorie der Preisbildung, daß jede Form von kollektivistischer oder kommunistischer inner-

oder zwischenbetrieblicher Verteilung *freiwillig* sein muß. Wird sie erzwungen, stellt sich ohne Ausnahme der individualistische Mechanismus inoffiziell wieder ein; allerdings unter erschwerten Bedingungen, die zu bestimmten, sozial negativen Erscheinungen führen.

Der individualistische Mechanismus setzt sich in einer erzwungen kollektivistisch-kommunistischen Gemeinschaft folgendermaßen durch: Die, die sich unterbezahlt fühlen, werden ihre Arbeitsleistung so weit reduzieren, bis sie sich angemessen entlohnt sehen. Wenn die Länge der Arbeitszeit polizeilich überwacht wird, werden andere Formen bewußter oder unbewußter Einschränkung der Intelligenz, Kreativität und Intensivität entwickelt. Dann kann die dadurch freigesetzte Arbeitsleistung in Schwarzarbeit nach Feierabend gesteckt werden. Schließlich wird auf den unteren Ebenen die offiziell verlangte Gleichheit unterlaufen, wenn etwa eine Firma spezielle Formen von zusätzlicher Entlohnung für besondere Leistungen findet, um ihr Planziel zu erreichen. Bei fehlender Identifikation der Menschen mit der offiziellen Gemeinschaft werden darüberhinaus alle für jeden kostenlos zugänglichen Güter verantwortungslos überbeansprucht oder gar vandalisiert. Die Antwort kann nur entweder die polizeiliche Überwachung sein oder in der Erhebung einer Gebühr bestehen.

Da das inoffizielle oder halboffizielle System von Anreizen nicht nur nach dem Prinzip größerer Leistung arbeitet, sondern auch nach dem der Bürokratie, Korruption und Vetternwirtschaft, wird das Ziel größerer Effizienz nur durch erneute Verschwendung erreicht. Auf dem inoffiziellen Markt, dem sogenannten Schwarzmarkt, müssen Waren nicht nur nach ihrer Güte bezahlt werden, sondern auch nach dem Risiko, das der Hersteller und der Verkäufer hat. Dadurch sind Produzenten nicht vornehmlich durch die Qualität ihrer Waren erfolgreich, sondern durch ihr »kriminelles« Geschick. So gelangen schlechte, ja schädliche Waren in Umlauf. Schließlich führt die ständige polizeiliche Aufsicht zu Mißtrauen und Entsolidarisierung in der Bevölkerung, was ein gedeihliches, produktives und kreatives Arbeiten behindert.

Zum Schluß noch der Hinweis, daß nach der subjektiven Theorie der Preisbildung ein erzwungener Individualismus nicht weniger abzulehnen ist als erzwungener Sozialismus; etwa wenn durch Gesetze oder andere offizielle Strukturen sozialistisches Produzieren und Konsumieren verboten oder behindert wird.

Wie freiwillig ist Arbeitslosigkeit?

In einer freien Gesellschaft, in der jeder nach seiner eigenen Entscheidung individualistisch, kollektivistisch oder kommunistisch produzieren kann und in der der Konsum durch die Wahl der Individuen oder freiwilligen Gruppen gesteuert wird, gibt es nur freiwillige Arbeitslosigkeit.

Welche Schicksalsschläge einen Menschen auch immer treffen, durch welche Veränderungen der Nachfrage auch immer bestimmte Arbeiten nicht mehr benötigt werden, immer kann er durch Unterbieten seine Arbeitskraft verkaufen, wenn er nicht in einer solidarischen Gemeinschaft auf andere Weise unterstützt wird.

Die Arbeitskraft, wiewohl sie als qualifizierte relativ spezifisch ist (ein Versicherungskaufmann wird nicht ohne zwischenzeitliche Ausbildung in der Lage sein, Schreinerarbeiten zu übernehmen), ist als unqualifizierte fast völlig unspezifisch, also praktisch universell konkurrenzfähig. Freiwillige Arbeitslosigkeit, bei der sich ein Mensch nicht mit einer eventuellen Dequalifizierung zufrieden geben oder durch die er nicht zum Lohndrucker werden will, ist eine Sache der Versicherung.

Um zu zeigen, daß die freiwillige Arbeitslosigkeit in der freien Gesellschaft Armut ausschließt, muß gefragt werden,

- ob der Lohn durch den Konkurrenzdruck unter das Existenzminimum sinken kann (absolute Armut),
- was in der freien Gesellschaft passiert, wenn der Lohn tatsächlich unter das Existenzminimum sinkt,
- und was mit denen passiert, die aufgrund körperlicher oder geistiger Behinderungen nicht arbeiten können.

Wenn der Preis einer Ware unter die (Re-)Produktionskosten

sinkt, wird ihre Herstellung zu recht eingestellt. Die Konsumenten wünschen dann eine andere Verwendung der so freigesetzten Ressourcen. Diese Argumentation ist bei der Ware Arbeitskraft nicht oder doch nur in eingeschränktem Sinne möglich. Es kann Arbeitskraft vom Markt verschwinden, etwa indem Zweitverdiener einer Familie die Arbeit freiwillig aufgeben oder bei Kündigung keine neue Stelle suchen. Umgekehrt geschieht es bei Knappheit von Arbeitskräften, daß Menschen, die vorher nicht für Lohn gearbeitet haben, durch hohe Gehälter angelockt, Arbeit annehmen. Doch diese Elastizität ist begrenzt. So besehen wäre es denkbar, daß der Lohn für eine bestimmte Gruppe von Menschen unter das Existenzminimum, die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft sinkt. Da niemand für einen Lohn unterhalb des Existenzminimums arbeitet, entsteht Arbeitslosigkeit, die nur noch zynisch als ›freiwillig‹ bezeichnet werden dürfte.

Eine solche Situation tritt ein, wenn entweder objektive Knappheit an Ressourcen besteht, aus denen mit Arbeit lebensnotwendige oder tauschfähige Produkte hergestellt werden können, oder ein Sinken des Grenznutzens der unqualifizierten bzw. einer spezifisch qualifizierten Arbeit unter das Existenzminimum vorliegt (wenn die betreffenden Menschen sich nicht irgendwie qualifizieren bzw. nicht umorientieren können). Da die Nachfrage nach Subsistenz nicht elastisch ist und demnach für Subsistenz jeder Preis, ausgenommen Tod und schwere gesundheitliche Schädigung, bezahlt wird, kommt eine Gefährdung des Existenzlohns in der freien Gesellschaft für psychisch und physisch einigermaßen gesunde Menschen nicht in Frage. Allerdings könnte es eine solche Gefährdung für nicht gesunde oder alte Menschen geben, die sich schwerer an Veränderungen anpassen können.

»In diesem Falle«, schreibt **Murray Rothbard** (1962, S. 525), »können sie nur überleben, wenn sie von denen, die Löhne über dem Existenzminimum beziehen, unterstützt werden.«

Rothbards Formulierung muß denen unmenschlich erscheinen, die in Begriffen eines Anspruchs an den Staat zu denken gewohnt sind. Sie vergessen, daß die Formulierung, so radikal sie klingen mag, immer wahr bleibt: Auch staatliche Sozialleistungen müssen erarbeitet und denen, die mehr als ihre Subsistenz verdient haben, abgenommen worden sein.

Um das zu beweisen, machen wir ein Gedankenexperiment und gehen wir von einem kommunistischen Kollektiv aus. Es umfaßt 100 Personen. Das gemeinsam Erwirtschaftete wird gleichmäßig verteilt. Sagen wir, es handelte sich hierbei um ein bäuerliches Kollektiv, das 100 kg Kartoffeln pro Kopf im Monat verteilen kann. Geld brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht.

Jetzt wird in dem Kollektiv aus irgendwelchen Gründen (schlechte Ernte, Krankheit etc.) 10% weniger erwirtschaftet. Nun kann das Kollektiv entscheiden, entweder allen 10% weniger, d.h. nur 90 kg Kartoffeln, zu geben oder den alten »Lohn«, nämlich 100 kg, den aber nur an 90 Mitglieder. Dafür müßten allerdings diese 90 Mitglieder so viel arbeiten wie die 100 vorher, also über 10% mehr.

Erste Aussage der Ökonomie der Freiheit: Arbeitslosigkeit hängt ausschließlich vom Lohnniveau ab. Diese Aussage ist unabhängig vom Wirtschaftssystem!

Nun könnte statt einer 10%igen Senkung der Produktivität eine 10%ige Besteuerung von einem außerhalb des Kollektivs stehenden Staat vorgenommen werden. Die Entscheidungsmöglichkeiten wären die gleichen. Aber die Ursache wäre eine andere.

Zweite Aussage der Ökonomie der Freiheit: Das Lohnniveau hängt von der Produktivität ab – minus der Zwangsabzüge durch den nichtproduktiven Faktor des Staates. Auch diese Aussage gilt für alle Wirtschaftsformen.

Wenden wir uns nun den eventuell im Kollektiv entstehenden zehn Arbeitslosen zu. Was sie tun werden oder tun können, hängt stark von den Rahmenbedingungen ab:

1. Die Kollektivmitglieder sind jeweils Eigentümer ihres Stückes Land. Sie haben sich freiwillig zum Kollektiv zusammengeschlossen und können austreten, ohne daß sie die Gewalt der anderen fürchten müssen. Die zehn, die leer ausgehen sollen, werden aus dem Kollektiv austreten und ihr Stück Land selbst bewirtschaften. Moral von der Geschichte: Eigentum schützt, wie Proudhon sagte, vor Übergriffen des Kollektivs.
2. Das Kollektiv ist Eigentümer des Landes, über das demokratisch verfügt wird. Die zehn Arbeitslosen werden überstimmt. Aber das Kollektiv hat keine Macht, die Mitglieder zur Mitgliedschaft zu zwingen. Die Arbeitslosen werden austreten und versuchen, sich auf andere Weise Arbeit zu verschaffen. Moral von der Geschichte: »Eigentum an sich selbst« (Selbstbestimmung) und Austrittsrecht schützen, wie Rothbard sagte, vor Übergriffen des Kollektivs.
3. Wie kann das Kollektiv verhindern, daß die zehn Arbeitslosen austreten und sich andere Arbeit suchen bzw. schaffen? Die Geschichte des Staates kennt da viele Möglichkeiten: Man kann den Leuten verbieten, wegzuziehen. Man kann ihnen verbieten, andere Berufe auszuüben. Man kann von ihnen so viel Steuern verlangen, daß es sich für sie nicht lohnt, zu arbeiten. Man kann ihnen dann eine »Arbeitslosenunterstützung« anbieten, damit sie nicht rebellieren. (Nach einiger Zeit finden sie es dann vielleicht sogar gut, für Nichtstun dennoch »Lohn« zu bekommen.) Moral von der Geschichte: Arbeitslosigkeit läßt sich nur aufrecht erhalten durch Zwangsmaßnahmen. Sie kann nicht durch »freie Vereinbarung« entstehen.

Gehen wir noch einmal zu Möglichkeit 2: Die zehn Arbeitslosen würden sich andere Arbeit suchen, habe ich gesagt. Marxistisch geschulte Ökonomen wenden ein, das ginge nicht, weil es eine Klasse von Besitzern der Produktionsmittel gäbe. Schon dem anarchistischen (und sozialistischen) Öko-

nomen Proudhon hat das marxistische Argument nicht eingeleuchtet. Denn Produktionsmittel lassen sich ja schaffen. Und wenn Menschen bereit sind zu arbeiten und wenn sie etwas arbeiten, das für andere nützlich ist, lassen sich Produktionsmittel z. B. auf dem Kreditwege finanzieren. Um das Monopol auf die Produktionsmittel aufrecht erhalten zu können, benötigen die Besitzer von Produktionsmitteln den Staat. Damit sind wir bei Möglichkeit 3.

Dritte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Arbeitslosigkeit ist auf Dauer nur innerhalb von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft möglich.

Ist Lohnarbeit Sklaverei?

Manche freiheitlichen Ökonomen sind übrigens der Meinung, auf dem echten anarchischen Markt würde sich überhaupt keine lohnabhängige Beschäftigung entwickeln, alle Arbeit wäre durch »Selbständige« organisiert. Meine eigene Erfahrung ist jedoch, daß es viele Menschen gibt, die gar keine Selbständigkeit wollen, sondern lieber unter der Verantwortung eines Arbeitgebers arbeiten. Dies ist eine persönliche Entscheidung. Es geht niemanden etwas an, *wie* sich jemand entscheidet. Die Anarchie ist offen für alle Wirtschaftsformen, solange sie freiwillig sind.

Noch ein Kapitel in der Geschichte unseres Kollektivs: Es gibt da eine junge Agrarwissenschaftlerin, die Entdeckungen gemacht hat, mit denen man die Produktion um 10% steigern kann. Das Kollektiv ist bestrebt, sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Es würden sich dann bei gleichmäßiger Verteilung ca. 109 kg Kartoffeln pro Kopf ergeben (es wären ja 101 Kollektivmitglieder). Sie verlangt jedoch 400 kg Kartoffeln für sich. Die übrigen 100 Kollektivmitglieder würden 106 kg Kartoffeln erhalten.

Die Frage ist: Will das Kollektiv auf die Steigerung von gut 5% für jeden um des Grundsatzes der Gleichheit verzichten

oder nicht? Wiederum ist dies eine Wertentscheidung, die niemand für einen anderen fällen darf.

Vierte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Einkommensunterschiede können Folgen von »freier Vereinbarung« sein, sie müssen nicht auf Monopol oder Zwang beruhen. Sie können jedoch auch auf Monopol oder Zwang beruhen, z.B.: Es könnte dem Kollektiv vom Staat vorgeschrieben werden, Agrarwissenschaftler zu beschäftigen. Der Staat könnte die Ausbildung von Agrarwissenschaftlern künstlich begrenzen. Und er könnte für Agrarwissenschaftler ein bestimmtes Lohnniveau vorschreiben.

Mögliche Folgen solcher Interventionen: Man könnte für die Agrarwissenschaftler einen Lohn von 600 kg Kartoffeln vorschreiben (Lohn für die anderen dann: 104 kg). Man könnte vorschreiben, daß jedes Kollektiv zwei solcher Agrarwissenschaftler einstellt (Lohn für die anderen dann: 98 kg, also weniger als vorher – *dafür* würde sich ja niemand freiwillig entscheiden!). Es könnte auch Vorschrift sein, einen Agrarwissenschaftler einzustellen, selbst wenn er nicht zur Produktionssteigerung beiträgt...

Fünfte Aussage der Ökonomie der Freiheit: Viele krasse Einkommensunterschiede sind Folgen nicht vom Markt (der eine eher ausgleichende Wirkung hat), sondern von staatlichen Eingriffen.

Schlußfolgerung: Arbeitslosigkeit und das Gefühl, von einem Arbeitgeber abhängig und gleichsam sein »Sklave« zu sein, sind nicht Folgen von freiem Markt und Kapitalismus, sondern von staatlichen Interventionen. Aber auch: Der freie Markt ist nicht nur etwas für Individualisten, sondern auch für Sozialisten und Kommunisten, sofern sie sich auf Freiwilligkeit verpflichten.

Gibt es soziale Absicherung auf dem Markt?

Die Erzwingung von Sozialbeiträgen führt wie jeder andere ökonomische Zwang zu einer Abnahme der Produktivität, schmälert also das für soziale Zwecke verfügbare Geld. Damit ist den Arbeitsunfähigen nicht geholfen, zumal die Sozialleistungen in Zeiten knapper Staatskassen als erstes und weitestgehend gekürzt werden. Als Alternative, um im Falle von Arbeitsunfähigkeit nicht auf Almosen angewiesen zu sein, gibt es in der freien Gesellschaft die Möglichkeit freiwilliger Versicherungen.

In einer solidarischen Gruppe (Familie, Kollektiv, Kommune, o.ä.) stellt Arbeitsunfähigkeit eines Mitglieds kein Problem dar. Es gibt keine formalisierte Sozialhilfe, ebensowenig Almosen oder eine institutionelle Versicherung; die Versicherung ist als gegenseitige Hilfe impliziert in der Solidarität.

Mit einer Versicherung können sich Menschen, die nicht in einer solidarischen Gruppe vergesellschaftet sind, und ganze Gruppen gegen die Gefahr schützen, bei Verlust des Existenzlohns auf Almosen angewiesen zu sein. Darüber hinaus können sie eine eventuell nötige Wartezeit zwischen zwei Anstellungen finanziell absichern, damit sie nicht darauf angewiesen sind, eine nicht zu ihnen passende Arbeit anzunehmen. Es macht keine Schwierigkeit, sich vorzustellen, wie verschiedenartige Versicherungstypen aus der freien Vereinbarung hervorgehen könnten.

Allerdings bleibt das Problem der Menschen, die von Geburt an oder vor dem Eintritt ins Arbeitsleben arbeitsunfähig oder nur eingeschränkt arbeitsfähig sind bzw. werden. Auch dagegen wären Versicherungen denkbar (vorausgesetzt für deren Notwendigkeit ist das Fehlen einer solidarischen Gruppe). Beispiel: Eltern könnten vor der Geburt das Kind gegen Behinderung versichern; entweder mit einer einmaligen Summe oder mit einem Vertrag, der eine Zahlung in Zukunft vorsieht, wenn das Kind gesund zur Welt kommt.

Ist Rationalisierung ein Problem?

Nun wird von vielen etatistischen Ökonomen behauptet, Ra-

tionalisierung führe zu Arbeitslosigkeit. Um plausibel zu machen, daß es in der freien Gesellschaft keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt, muß gezeigt werden, daß durch die Entwicklung z.B. neuer technischer Hilfsmittel keine Arbeitslosigkeit entsteht. **Ludwig von Mises** (1963, S. 774) antwortet darauf:

»Die Verwirrung beginnt mit der Formulierung, Maschinen würden Arbeitskraft ›ersetzen‹. Tatsächlich macht die Hilfe der Maschinen die Arbeit effektiver. Der gleiche Input an Arbeit führt zu einer größeren Menge oder einer besseren Qualität von Waren. Der Einsatz von Maschinen führt nicht unmittelbar zu einer Reduktion der für die Herstellung einer Ware A Beschäftigten. Diese Reduktion ist eine sekundäre Folge, die sich dann einstellt, wenn sich sonst nichts ändert; dann senkt das vergrößerte Angebot von A dessen Grenznutzen gegenüber anderen Waren. Die technische Verbesserung der Produktion von A macht es möglich, andere Projekte zu verwirklichen, die bisher nicht verwirklicht werden konnten, weil die dazu benötigten Arbeiter mit der Produktion von A beschäftigt waren, denn nach A war die Nachfrage größer. Die Reduktion der Arbeitsplätze in der A-Industrie wird verursacht durch die Steigerung der Nachfrage in diesen anderen Branchen, denen sich nun die Chance zur Expansion bietet. Diese Einsicht macht übrigens alles Gerede über ›technisch bedingte Arbeitslosigkeit‹ zum dummen Geschwätz.«

Trotz dieser überzeugenden Zurückweisung des Rationalisierungs-Theorems erhebt sich die Frage, was denn wohl passiert, wenn es keine »steigende Nachfrage« in einem anderen Bereich gibt, d.h. wenn eine relative Sättigung der durch Waren zu erfüllenden Bedürfnisse vorliegt. Aus dieser Frage ist gefolgert worden, das Marktsystem müsse immer neue Bedürfnisse – wenn nötig künstlich (Stichwort: Konsumterror) –

»produzieren« (Marx). In der Tat meinte Mises, die Frage nach einem Zustand erfüllter Bedürfnisse vernachlässigen zu können. Allerdings verstand er unter »Bedürfnis« nicht nur Bedürfnis nach mehr produzierten Waren. Im Anschluß an die eben zitierte Passage bemerkte er:

»Werkzeuge und Maschinen sind keine Arbeitskräfte sparenden Mittel, sondern Mittel zur Erhöhung des Outputs in Relation zum Input. ... Sie erhöhen das Angebot und ermöglichen es, mehr Waren zu konsumieren *und mehr freie Zeit zu haben.*«

Im Falle von Rationalisierung bei nicht steigenden Bedürfnissen nach mehr Waren erhöht sich die Nachfrage nach Freizeit anstelle der nach Kaufkraft. Der Grund für die erhöhte Freizeit-Nachfrage ist leicht einzusehen: Da die Rationalisierung eine Preissenkung möglich und innerhalb einer freien Konkurrenz-Ökonomie auch nötig macht, können die Menschen bei konstanten Reallöhnen mehr konsumieren; in diesem Falle würden die durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeiter neue Betätigungsfelder finden. Wenn die Menschen nicht mehr konsumieren wollen, können sie für weniger Lohn weniger arbeiten; in diesem Falle werden die durch Rationalisierung freigesetzten Arbeiter benötigt, um die produzierte Menge trotz sinkender Arbeitszeit aufrechtzuerhalten.

In der Diskussion um die Wirkung von Rationalisierung spielt auch folgendes Argument eine Rolle: Da in rationalisierten Produktionen weniger Arbeiter beschäftigt seien und mehr Geld für Maschinen ausgegeben werde, könnten die Arbeiter, die ja auch die Mehrzahl der Konsumenten seien (während Maschinen nichts kaufen), nicht mehr die Waren im vollen Umfang erwerben. Es entstünde unabhängig von steigenden oder sinkenden Bedürfnissen eine relative Überproduktion, die Arbeitslosigkeit nach sich ziehe. Dieses »Kaufkraftargument« übersieht, daß die Preise sich immer nach der Gesamtnachfragesumme dividiert durch die Gesamtangebotsstückzahl richten, nicht nach den vorgängigen Faktorkosten.

Überproduktion kann ebenso wie eine Versorgungslücke in der freien Gesellschaft nur aus einem Irrtum der die Produktionsmengen festlegenden Personen (Unternehmer, Manager oder Produktionskollektive) temporär erwachsen.

Grenzen des Wachstums?

Für die Metropolen ist es nicht unmittelbar ein Problem, ob objektiver Mangel an Ressourcen bzw. technischer Naturbeherrschung vorliegt und dazu führt, daß »für einige Menschen der Tisch nicht gedeckt ist«, wie Malthus [1766-1834] formulierte. Doch einerseits darf es uns, weil wir in den Metropolen durch politische, militärische und ökonomische Mittel uns mehr Ressourcen aneignen, als uns marktmäßig zustehen, es nicht egal sein, ob weltweit ein solcher Mangel besteht; und wenn es uns moralisch egal sein sollte, müßten wir immerhin der Möglichkeit ins Auge sehen, daß die von uns Enteigneten stark genug werden, »die Expropriateure zu expropriieren« (Marx). Andererseits tritt uns das Problem objektiven Mangels zunehmend in Gestalt »ökologischer Wachstumsgrenzen« entgegen.

Die an sich berechtigte Sorge um die Ökologie gibt den Herrschenden in aller Welt leider ein gutes Alibi für Mißwirtschaft. Mit dem Hinweis auf Dürre und Bodenverschlechterung etwa ist die Frage vom Tisch, ob nicht das interventionistische ökonomische System in den Ländern der Dritten Welt an der katastrophalen Versorgungslage wenigstens mitschuldig sei. Dieser Einwand macht selbst für so schockierende Dokumente wie »Global 2000«, dessen Zahlen ausschließlich auf Regierungsstatistiken beruhen, eine kritische zweite Analyse notwendig.

Allerdings könnte es für die Metropolen tatsächlich eine ökologische Wachstumsgrenze geben. Eine Strategie, die Arbeitslosigkeit durch staatlich forciertes Wirtschaftswachstum beseitigen will, verstößt also nicht nur gegen den Grundsatz der Freiheit – unter Umständen wollen die Menschen gar nicht mehr Waren –, sondern vielleicht auch gegen das ökologisch Machbare. Nullwachstum oder gar negatives Wachstum stel-

len jedoch für die freie Gesellschaft kein Problem dar: In ihr ergibt sich Nachfrage nach beispielsweise sauberer und ruhiger Umwelt anstelle nach Waren und Freizeit. Dies allerdings nur und erst, wenn Umwelt nicht weiter als frei verfügbares und zu mißbrauchendes Gemeingut angesehen wird, sondern als individuelles Eigentum, von dem Beschädigungen und Beeinträchtigungen abgewendet werden können.

Entstehen Monopole auf dem Markt?

Demjenigen, der radikal für die ökonomische Selbstbestimmung der Menschen, also für den Markt, eintritt, wird oft entgegengehalten, das Prinzip der Marktwirtschaft sei ja in Ordnung, aber es gäbe Formen von »Marktversagen«, die das Eingreifen mit staatlicher Gewalt notwendig machten. Die beiden wichtigsten Formen von (angeblichem) Marktversagen sind: **Monopole**, die sich auf dem Markt bilden, und das Versagen des Marktes, »**öffentliche Güter**« (Sicherheit, Kultur, Umweltschutz usw.) zur Verfügung zu stellen.

Zunächst zum Thema Monopole.

Stellen wir uns den Markt für Schokolade vor. Wir vereinfachen das Marktgeschehen und nehmen an, es gäbe nur Schokolade in Tafeln, die zu 1 € verkauft würden. Verschiedene Firmen bieten solche Tafeln an, und alle verdienen 0,10 € an jeder Tafel.

Der stärkste Anbieter von Schokolade heißt »Gier AG«. Die »Gier AG« möchte den Markt monopolisieren. Zu diesem Zweck beginnt sie, ihre Schokoladen-Tafeln für 0,80 € zu verkaufen, um die Konkurrenz aus dem Markt zu verdrängen. Pro Tafel Schokolade macht die »Gier AG« nun einen Verlust von 0,10 €. Nachdem sie 100 Mio Tafeln Schokolade verkauft hat, hat die »Gier AG« das Ziel erreicht und ist Alleinanbieter – landläufig spricht man von »Monopol«. Die »Gier AG« hat einen Verlust von 10 Mio €. Um den Verlust auszugleichen, verkauft die »Gier AG« die Tafel für 1,10 €. Die Kunden müssen – wenn sie durchaus Schokolade essen wollen – diesen überhöhten Preis zahlen, weil es ja keine Mitbewerber mehr gibt. Die »Gier AG« müßte 100 Mio Tafeln zu

1,10 € verkaufen, um den Verlust auszugleichen. Erst danach gäbe es einen »Monopolgewinn«.

Aber dazu kommt es nicht. Ein gewitzter Geschäftsmann, der den Schokoladen-Markt beobachtet, beginnt mit einer alten Maschine, die er günstig von einem der bankrotten Mitbewerber der »Gier AG« ersteigert hat, mit der Produktion von Schokolade, die er zu 1,05 € je Tafel anbietet. Er macht pro Tafel einen Gewinn von 0,15 € – mehr als die »Gier AG«, obwohl er die Ware billiger anbietet.

Um keine weiteren Marktanteile zu verlieren, senkt die »Gier AG« auch ihre Preise auf 1,05 € je Tafel. Damit verlangsamt sich der Ausgleich des Verlustes. Doch es kommt noch schlimmer: Der neue Konkurrent senkt seine Preise weiter. Dies kann er tun, ohne daß er in die Verlustzone gerät. Er bietet nun die Tafel Schokolade zum Preis der guten alten Zeit an, nämlich 1 €. Die »Gier AG« muß auch hier nachziehen und kann darum ihre Verluste nicht mehr ausgleichen. Sie bleibt auf einem Verlust sitzen, was die Aktionäre sehr erbost. Für die mißlungene »Aktion Monopol« wird der Vorstand gefeuert.

(Übrigens ist es wahrscheinlich, daß bei dem Preis von 1,10 € pro Tafel weniger Schokolade konsumiert würde als bei einem Preis von 1 €, so daß die »Gier AG« sowieso in die Verlustzone geraten wäre!)

Ganz anders geht die Sache allerdings aus, wenn der Vorstand der »Gier AG« über gute politische Kontakte verfügt. Er könnte etwa die Politiker nach erfolgter Monopolisierung dazu bringen, ein »Gesetz gegen Preisdumping« zu erlassen: Eine Tafel Schokolade muß 1,10 € kosten. Dann hätte der neue Konkurrent keine guten Chancen zum Markteintritt. Oder der Vorstand der »Gier AG« könnte den Politikern sagen, ruinöser Wettbewerb würde dazu führen, daß Arbeitsplätze in der »Gier AG« gefährdet würden. Man braucht also Subventionen, um die Verluste auszugleichen. – Das sind nur zwei sehr einfache Möglichkeiten. Die meisten staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben dienen in dieser und ähnlicher Weise dem Monopolschutz. – Diese Aussage ist nicht etwa nur das

Ergebnis abstrakter oder modelltheoretischer Überlegungen, sondern kann auch in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts belegt werden (z. B. Kolko 1963).

Ein schädliches Monopol kann demnach nur mit staatlicher Unterstützung entstehen.

Auf dem freien Markt kommt es allenfalls dazu, daß es einen Alleinanbieter gibt – wenn dieser Alleinanbieter die höchstmögliche Qualität zum geringstmöglichen Preis zur Verfügung stellt. Ein solcher Alleinanbieter wäre kein »Volkschädling«, sondern ein Engel...

Versagt der Markt bei »öffentlichen« Gütern?

Das zweite angebliche Marktversagen: Der Markt würde, so die Kritik, bestimmte wünschenswerte Güter nicht produzieren. Es gäbe nämlich Güter, die zum Nutzen Dritter seien. Bei solchen »öffentlichen Gütern« möchte jeder, daß der Nachbar sie beschafft, so daß er von ihnen indirekt profitiert, ohne für sie zu zahlen. Dies ist das sogenannte »Trittbrettfahren«.

Ein Beispiel ist die Sicherheit. Angenommen, es gäbe keine staatliche Polizei. Vielmehr müßte jeder Bürger seine Sicherheit durch private Wachdienste selbst organisieren. Der Wachmann, der das Haus von Familie Müller beobachtet, schreckt jedoch auch Diebe ab, die bei Familie Meyer einzubrechen beabsichtigen. Familie Meyer bekommt also die Sicherheit umsonst, sie ist »Trittbrettfahrer«. Weil Familie Müller dies ungerecht findet, verzichtet sie – nach Meinung derjenigen, die ein »Marktversagen« befürchten – darauf, den Wachdienst anzuheuern. Die Produktion von Sicherheit, die alle wollen, kommt nicht zustande.

Doch die Behauptung derjenigen, die hier von »Marktversagen« sprechen, ist Ideologie. Wenn Familie Müller Angst vor einem Überfall hat, wird sie den Wachdienst engagieren, egal ob die Nachbarn auch profitieren oder nicht. Denn: Niemand würde freiwillig in Angst und Schrecken leben nur darum, weil die Nachbarn in dem Fall, daß man für sich selbst den

Schrecken abstellt, auch einen Vorteil hätten. Oder anders gesagt: Wenn Familie Müller darauf verzichtet, einen Wachdienst zu engagieren, weil sich Nachbar Meyer an den Kosten nicht beteiligt, ist Sicherheit für sie kein so wichtiges Bedürfnis. Daraus abzuleiten, daß Familie Müller das Recht habe, die Nachbarn zur Zahlung von Beiträgen zu ihrer Sicherheit zu *zwingen*, ist absurd: Es würde sich in diesem Fall schlicht und einfach um Schutzgelderpressung handeln.

Warum wird die Ideologie von den »öffentlichen Gütern« so hartnäckig propagiert? Schauen wir uns die Sache genauer an. Es leuchtet ein, daß ein reicher Mensch ein höheres Sicherheitsbedürfnis hat als ein armer Mensch: Der Reiche hat zum Beispiel mehr, was Diebe stehlen wollen. Ein Armer hat kaum etwas, das ihm jemand abnehmen könnte. In der konsequenten Marktwirtschaft muß der Reiche also mehr für sein höheres Sicherheitsrisiko bezahlen. Für ihn – und nur für ihn – ist es von Vorteil, wenn die Sicherheit als »öffentliches Gut« von allen bezahlt wird. Dadurch verteilt er *seine* Kosten auf diejenigen, die gar kein so hohes Sicherheitsbedürfnis haben.

Gleiches gilt auch für die anderen »öffentlichen Güter«: Die (wenigen) Leute, die die Oper lieben, möchten natürlich, daß sie nicht allein für die hohen Kosten aufkommen. Sie plädieren dafür, die Oper als »öffentliches Kulturgut« zu subventionieren – aus der Tasche derjenigen, die sich aus Opernaufführungen nichts machen. Bezüglich der Bildung ist das ja bereits ausführlich dargestellt worden (S. 109 ff).

Mit der ideologischen Rede vom »Marktversagen« wird verschleiert, daß Leute nicht mit dem Ergebnis zufrieden sind, das durch die freiwilligen Handlungen der einzelnen Menschen zustande kommt. Der Sinn des Wortes »Marktversagen« besteht *ausschließlich* darin zu rechtfertigen, daß der Staat mit Zwang in die freiwilligen Handlungen der Menschen eingreift: Er zwingt sie, anders zu handeln, als sie handeln wollen. Dies ist offensichtlich ein Verstoß gegen die Freiheit.

Vom Zwang des Staates profitieren immer diejenigen, die den größten Einfluß auf den Staat haben. Es verlieren *immer* diejenigen, die ohnmächtig, bescheiden, selbstgenü-

sam, arm, unterprivilegiert und diskriminiert sind. Der Staat ist eine unsoziale Einrichtung. Gerechtigkeit kann es nur geben, wenn die Entstaatlichung so weit wie möglich getrieben wird.

Empirie: Die Industrielle Revolution

Nur die »Neolithische Revolution«, die Erfindung des Ackerbaus und die Seßhaftwerdung, bedeutete einen ähnlich entscheidenden Schritt wie die Industrielle Revolution. Die Neolithische Revolution brachte den Menschen, die zu jener Zeit in der Herrschaftslosigkeit lebten, das »Goldene Zeitalter« bis zu dem Punkt, an welchem die Staaten entstanden.

Die Industrielle Revolution konnte nur geschehen, weil das Volk den Einfluß des Staates weitgehend zurückdrängte und damit ungeahnte Kreativität und Produktivität freisetzte. Die gegenwärtig von den etatistischen Ideologen verbreiteten Vorstellungen über die Industrielle Revolution halten dagegen einer kritischer Überprüfung nicht stand – ob sie nun auf dem berühmten Sadler-Bericht (1832) zur Kinderarbeit, der Quelle vieler Anklagen gegen das Fabrikssystem geworden ist, auf Friedrich Engels' Schrift »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« (1844) oder auf »realistischen« Romanen wie Charles Dickens' »Nicholas Nickleby« (1839) beruhen.

Das vielleicht wichtigste Faktum, auf dessen Hintergrund die Industrielle Revolution zu beurteilen ist, stellt das ungeheure Bevölkerungswachstum dar. Eine allgemein akzeptierte (aber dennoch falsche) Beschreibung lautet:

»Die rapide Bevölkerungszunahme, durch einen Ursachenkomplex von fallender Sterblichkeit, vermehrter Heiraten nach der Bauernbefreiung und erhöhter Geburtenraten bewirkt, lieferte der Industrie die Menschen zu, die in den expandierenden Städten in das kapitalistische Produktionsverhältnis eintreten« (Hartmut Titze 1973, S. 160).

In dieser süffisanten Art, den Prozeß zu beschreiben, steckt eine Verdrehung der Sachlage. Die Industrialisierung hat vielmehr das **Überleben** und darüber hinaus einen wachsenden Wohlstand von Menschen erst ermöglicht, die unter anderen Umständen nicht überlebt hätten.

Die vorindustrielle Wirtschaftsweise erlaubte, wenn überhaupt, nur geringes Bevölkerungswachstum. Vor dem 18. Jahrhundert brauchte die Menschheit fast tausend Jahre, um sich zu verdoppeln, während sie sich dann von 1700-1850 in 150 Jahren verdoppelte. In vorindustriellen Zeiten gab es so etwas wie einen malthusianischen Zirkel, d.h. nicht alle geborenen Menschen konnten ernährt werden. Dies darf nun nicht so verstanden werden, daß der Bevölkerungsüberschuß stets durch Hungerkatastrophen abgeschöpft wurde, die wahrscheinlich, wie schon der arabische Denker Ibn Khaldun im 14. Jahrhundert meinte, zum überwiegenden Teil politischen Einflüssen zuzuschreiben sind. Vielmehr entstand ein Bevölkerungsüberschuß aufgrund der hohen Kindersterblichkeit – in England 1730/49 starben über 75% der Kinder vor dem fünften Lebensjahr – nur in geringem Umfang; wenn er drohte, gab es ritualisierte Methoden der Abschöpfung wie Tötung oder Aussetzung von Kindern bei Geburt, Heiratsbeschränkungen und (bisweilen) Empfängnisverhütung.

Die überlebenden Kinder mußten in der vorindustriellen Zeit, wenn sie nicht zu der kleinen Enteignerklasse gehörten, die sich durch rigorose Ausbeutung freie Zeit ermöglichte, früh arbeiten. Städtische Kinder mußten vom 7. Lebensjahr an für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Es gibt Hinweise, daß auf dem Land bereits Dreijährige durch Arbeit mit für ihr Überleben sorgen mußten. Es scheint unangemessen, diese Situation wie zahlreiche heutige Autoren als »Grausamkeit« der Eltern gegen Kinder zu bezeichnen; denn es gab wohl keine andere Wahl, obwohl die Ausbeutung der Landbevölkerung durch Fürsten, Militär, Kirche und z. T. auch die freien Städte ihre Lage sicher schlechter als nötig machte.

Mitte des 18. Jahrhunderts betrug die Brutto-Geburten-Rate – d.h. die Zahl der Geburten auf 1 000 Einwohner – in Eng-

land 37,15 und die Brutto-Sterbe-Rate 35,8. Die durchschnittliche arithmetische Lebenserwartung betrug kaum 30 Jahre. Die Bevölkerung im England des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wuchs langsam, nämlich nur um 0,135% (Geburtenrate minus Sterberate durch 10). Bei einer Bevölkerung 1740 von 6,5 Mio. wäre sie bei gleichbleibendem Wachstum in 100 Jahren auf 7,5 Mio. angestiegen. Tatsächlich hatte England aber 1831 mehr als 16 Mio. Einwohner. Denn die Brutto-Sterbe-Rate sank auf 21,1, die arithmetische Lebenserwartung stieg auf fast 40 Jahre, während die Brutto-Geburten-Rate weiter bei 37,15 lag. Daraus folgte ein Bevölkerungswachstum von 1,61%. Daß die Brutto-Geburten-Rate sich kaum veränderte, ist besonders auf die oben von Titze zitierte Passage bezogen hervorzuheben. Es scheint eine viel geringere Veränderung des Reproduktionsverhaltens als allgemein angenommen stattgefunden zu haben. Praktisch ausschließlich die Veränderung der arithmetischen Lebenserwartung – d. h. die Senkung der Kindersterblichkeit – hat das Bevölkerungswachstum bewirkt.

Eher zynisch mutet auf diesem Hintergrund an, behaupten zu wollen, die Bevölkerungszunahme habe der Industrie Menschen »zugeliefert« (Titze). Die Industrie hat den gemessen an den vorindustriellen wirtschaftlichen Möglichkeiten »überschüssigen« Bevölkerungsteilen eine Chance zum Überleben eröffnet. **Ludwig von Mises** schreibt dazu:

»Die Fabrikanten verfügten nicht über die Macht, jemanden zur Annahme eines Jobs in der Fabrik zu zwingen. Sie konnten nur solche Menschen anstellen, die bereit waren, zu dem ihnen angebotenen Lohn zu arbeiten. So niedrig dieser Lohn gewesen ist, er war gleichwohl höher als die Löhne in irgendeiner anderen Beschäftigung, die diesen Armen offen stand. Es ist eine Verdrehung der Fakten, zu sagen, daß die Fabrikanten die Hausfrauen von den Wiegen und aus den Küchen weggeholt und die Kinder aus dem Spiel gerissen hätten. Diese Frauen hatten nichts zum Kochen, um

ihre Kinder zu sättigen. Diese Kinder litten arge Not. Ihre einzige Zuflucht war die Fabrik. Sie bewahrte sie vor dem Verhungern« (Mises 1963, S. 619f).

Die Bedingung der Industrialisierung – die Liberalisierung – kam übrigens auch der landwirtschaftlichen Produktion zugute; die Steigerung landwirtschaftlicher Produktion hätte allein jedoch nicht zur Absorption des Bevölkerungsüberschusses ausgereicht. Es ist wohl auch so, daß die Entwicklung der Landwirtschaft immer eine sekundäre Erscheinung auf dem Hintergrund von städtischer Entwicklung ist.

Die Fabrikanten haben das Elend der Industriellen Revolution offensichtlich nicht geschaffen. Doch wäre es möglich, daß sie es ausgenutzt und damit verlängert haben. Auch diese Annahme ist zurückzuweisen. Die unbestritten rapide steigende Lebenserwartung zeigt, daß die Bedingungen, unter denen die Menschen während der Industriellen Revolution arbeiteten und lebten, sich nicht verschlechtert haben können, sondern verbessert haben müssen.

Eine genaue Analyse der frühen Angriffe auf das Fabrikssystem, etwa des Sadler-Berichts, zeigt denn auch, daß die *hohen* Löhne in den Fabriken – im Kontrast zur Landarbeit und zum Handwerk – als Ursache für »Demoralisierung« haftbar gemacht wurden. Diese Angriffe, die später durch Auslassungen und Verdrehungen zur Grundlage von sozialistischen Agitatoren und Pamphletisten wurden, standen im Zusammenhang des Kampfes der Landadeligen gegen die Fabrikanten.

Ein so unverdächtiger Zeuge wie Robert Owen berichtet, daß die Kinder, die in der von ihm 1799 erworbenen Fabrik arbeiteten, bei der Übernahme wohlgenährt, anständig gekleidet und gut untergebracht waren. Owen wollte die Bedingungen weiter verbessern, sah sich aber bereits vergleichsweise positiven Bedingungen gegenüber.

Für viele Kinder war Fabrikarbeit eine Möglichkeit, dem ungeheuren Druck, dem sie in der vorindustriellen Heimarbeit ausgesetzt waren, zu entkommen und erstmals geregelte

Arbeitszeiten, Ausbildung, Ferien, angemessene Löhne und soziale Sicherheit vorzufinden.

In dem Maße, in welchem mehr Menschen in den Fabriken Arbeit fanden, sank die Zahl der beschäftigten Kinder und stieg ihr Alter, weil die Arbeiter genug verdienten, um länger auf den Mitverdienst ihrer Kinder verzichten zu können. Ebenso verringerte sich übrigens die Beschäftigung verheirateter Frauen, die nun von ihren Männern versorgt werden konnten, während unverheiratete Frauen von ihren Löhnen sogar bedeutende Summen sparten. Allerdings offenbart die Empörung über die Tatsache, daß Frauen die Brotverdiener der Familien sind und damit ihre Männer zu »Eunuchen« stempeln, die etwa auch Engels teilte, eine patriarchalische Gesinnung, deren Überwindung durch den Kapitalismus zu seinen großen Kulturleistungen gehört.

Als die Kinderarbeit in England abnahm, kamen zehntausende von erwachsenen Iren, die glücklich waren, zu den niedrigen Kinderlohnsätzen zu arbeiten, da sie einen höheren Lebensstandard ermöglichten als im nicht-industrialisierten Irland.

Die Lage der Massen während der Industrialisierung soll nicht idyllisiert werden. Aber die Emotion des Humanismus, die die Kritiker der Industrialisierung für sich reklamieren und ihren Widersachern absprechen, verfehlt ihre positive Wirkung, wenn sie eine exakte Analyse der Ursachen von Armut und der Möglichkeiten, sie zu überwinden, verhindert. Es ist eine irreführende Argumentation, vorindustrielle Arbeitsbedingungen, die selbstredend bis weit in die Industrielle Revolution hinein fortbestanden, der Industrialisierung, dem Liberalismus und Kapitalismus, den Unternehmern oder der Profitgier anzulasten. Dies aber ist *überall* der Fall, wo die Verarmungsthese zu belegen versucht wurde. Nur ein Beispiel aus dem Bereich deutscher Schulhistoriographie: Christa Berg (1974, S. 249) setzt »Gutsherren« (= Enteignerklasse) und »Unternehmer« (= Kapitalistenklasse) gleich; damit werden die entgegengesetzten polit-ökonomischen Bedingungen, unter denen beide Personengruppen wirkten, verwischt.

Nicht nur vorkapitalistische Verhältnisse trugen zum Elend der Massen im 19. Jahrhundert bei, sondern auch staatliche Eingriffe. Die damaligen liberalen Ökonomen, etwa die der heute zu Unrecht verfeimten Manchester-Schule, wandten sich gegen solche Elend schaffenden Eingriffe wie Kornzölle, Krieg und Steuern. Eine auf den ersten Blick unscheinbare Sache wie die »Fenster-Steuer« führte zu weitreichenden Konsequenzen, nämlich zum Bau von Wohnungen für die Armen mit geringer Fenster-Zahl, also wenig Licht, nicht aus »Profitgier« der Bauherren – meist unabhängige Handwerker –, sondern weil die potentiellen Bewohner sich die nach Zahl der Fenster berechneten Steuern nicht leisten konnten oder wollten. Und die schlimmsten Verhältnisse der Kinderarbeit wurden durch die staatlichen Waisen- und Armenhäuser herbeigeführt, die die Kinder wie Sklaven, nicht wie freie Lohnarbeiter behandelten.

Die Alternative zur realen Industrialisierung, die eine schnellere Reduktion von Elend hätte bewirken können, wäre *nicht* stärkeres staatliches Engagement gewesen, sondern mehr Liberalisierung. Ausgerechnet das, was abfällig »Profitgier« der Fabrikanten genannt wird, hätte die Überwindung des Elends ermöglicht, nämlich das Bestreben, viel mit wenig Aufwand zu produzieren, ohne dabei auf politische Mittel zu bauen, sondern einzig auf freiwillige Kooperation. Umverteilung und Eingriffe wie Verbot der Kinderarbeit dagegen hätten den Output nicht erhöht, sondern Elend vertieft.